

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

ersch. täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei
erhalten jährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf.
in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf.
Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal.
(Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Hinter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-
Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW.,
Reuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.
Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an
Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Reuthstraße 2. — Expedition: Reuthstraße 3.

Achtung!

Diejenigen Genossen, welche auf Grund des Sozialisten-
gesetzes aus Berlin ausgewiesen und Willens sind, zum
1. Oktober nach Berlin zurück zu kehren, resp. vorüber-
gehend zu dieser Zeit Berlin besuchen wollen, werden
hiermit ersucht, ihre Adressen brieflich mit genauer Angabe,
ob sie in Berlin zu verbleiben oder nur vorübergehend
zurückkehren gedenken, umgehend an Unterzeichnete einzu-
reichen.

- Otto Klein, Zigarrengeschäft, Ritterstr. 15, S.
- Carl Wildberger, Tapezier, Kommandantenstr. 60, S.
- Gottfried Schulz, Zigarrengeschäft, Kottbusserplatz, SO.
- Otto Thierbach, Rheinsbergerstr. 29, N.

Weg mit der Lohnbeschlagnahme!

Eine in Elberfeld vor einiger Zeit stattgehabte Ge-
richtsverhandlung, sowie das nach derselben ergangene
Urtheil verdienen die Beachtung der ganzen Arbeiterwelt.
Die Frage der Zulässigkeit der Lohnbeschlagnahme
durch den Unternehmer ist in jenem Prozesse von
einer neuen Seite beleuchtet und schließlich bis zu einem
gewissen Grade zu Gunsten der Arbeiter ent-
schieden worden. Wir legen diesem Urtheil deshalb eine
nicht gewöhnliche Bedeutung bei, weil ein bisher völlig
unangetastetes, aber auch völlig unbegründetes Vorrecht der
Unternehmer zwar nicht beseitigt, aber doch einigermaßen
eingeschränkt worden ist, und wir möchten nur wünschen,
daß die in Elberfeld zu Tage getretene Auffassung in den
Geist unserer gesamten Rechtsprechung überginge.

Zugleich läßt dieser neue Elberfelder Prozeß, der
kein politischer ist, einen Blick in die Zustände der In-
dustrie thun, der Manchen belehren kann. Es giebt ja noch
Leute genug, die der Meinung sind, daß die deutschen
Industrie-Arbeiter ganz leidlich gestellt und daß ihre Be-
schwerden übertrieben seien. Man wird ersehen,
daß die Unternehmer es verstehen, den geringen
Schutz, den die Gesetze dem Lohnarbeiter bieten,
durch Umgehung der Gesetze illusorisch zu machen, oder
durch ihrer sozialen Stellung Vorrechte in Anspruch zu
nehmen, die ihnen absolut nicht zustehen.

Die Lohnbeschlagnahme ist durch die neue Gerichts-
verfassung beseitigt; sie kann nach der Zivilprozessordnung
nur in den dringendsten Fällen stattfinden, namentlich bei
Alimentationsforderungen für eine Ehefrau oder für ein

Kind. Schon in diesem Fall können sich Unzuträglich-
keiten ergeben und die Vertheidiger des neuen bürgerlichen
Gesetzbuchs sind eben dabei, die Alimentationsfrage so
verworfen als möglich zu gestalten. Aber der Staat darf
und kann sich nicht mehr das Recht zuerkennen, den Ar-
beitslohn bei ungewöhnlichen Forderungen oder Ansprüchen
im Voraus mit Beschlag zu belegen; im Allgemeinen ist
der Arbeitslohn für den Exekutor und den Fiskus im
Vorans unantastbar, wie es auch ganz in der
Ordnung ist.

Aber wo man dem Staat seine Hand auszustrecken
das Recht längst abgesprochen hat, da streckt sie noch der
Unternehmer und Kapitalist aus. Der Unternehmer er-
laubt sich die Lohnbeschlagnahme in der Form von Strafen
und anderen Lohnabzügen; er behält in hundert Fällen
Beträge des Arbeitslohnes zu diesem oder jenem
wahren oder vorgeschobenen Zweck einfach ein und scheert
sich den Teufel drum, ob der Geist der Gesetzgebung die
Lohnbeschlagnahme für unzulässig erklärt oder nicht.

Das Elberfelder Urtheil wird manchen Unternehmer
denn doch stutzig machen, der einen Hinweis auf den
„Geist des Gesetzes“ mit überlegenem Achselzucken oder
gar mit Hohngelächter beantwortet haben würde.

Vielleicht möchte man auch den Einwand erheben, die
von den Unternehmern einbehaltenen Beträge seien zu un-
bedeutend, als daß man davon so viel Aufhebens zu
machen brauche. Der Elberfelder Fall beweist das
Gegentheil.

Eine Elberfelder Firma hatte den Brauch, ihre Ar-
beiter als „Lehrlinge“ einzustellen, mit einem Arbeits-
vertrag, der die Arbeiter auf fünf Jahre verpflichtete,
während der Firma das Recht der sofortigen Entlassung
vorbehalten war. Als „Lehrlinge“ wurden die Leute wohl
deshalb behandelt, weil man ihnen recht niedrige Löhne
zahlte. Man behielt ihnen eine Summe vom Lohn ein
in allwöchentlichen Abzügen und aus den so sich bildenden
Beträgen würden die Strassummen entnommen, wenn ein
Arbeiter sich gegen irgend etwas verfehlt haben sollte.
Man begriff, daß dies nur eine geschickte
Form der Lohnrückerei ist, denn ein schlauer
Fuchschwänzer kann mit leichter Mühe bei
einem Arbeiter schier täglich einen „Verstoß“ gegen die
despotischen Bestimmungen einer solch edlen Zweck an-
gepaßten Fabrikordnung entdecken. Die einbehaltene
Summe diente der Firma als „Kautions“, daß der auf
fünf Jahre angeworbene Arbeiter nicht vor der Zeit ab-
ging; durch das famose System der „Strafen“ aber ging
die Kautions zum großen oder größten Theil wieder an die
Firma zurück. Ob sie bei vorzeitiger Entlassung ganz ein-

gehalten wurde, wissen wir nicht, halten es aber für sehr
wahrscheinlich.

Aber auch solch ein Krug geht zum Brunnen, bis er
bricht. Als vor einiger Zeit mehrere Arbeiter entlassen
wurden, behielt man von der willkürlich abgezogenen
„Kautions“ so viele Strafbeträge ein, daß das Ganze sich auf
mehrere Tausend Mark belief. Die Arbeiter
hatten den guten Einfall, klagbar zu werden, und siehe
da, das Gericht gab ihrer Klage statt. Im Urtheil ward
ausgesprochen, der Vertrag sei ein reiner Arbeits-
vertrag, die Firma sei zu so willkürlichen Abzügen
nicht berechtigt, und so wurde sie verurtheilt, den
Arbeitern die ganze „Kautions“ unverkürzt auszusahlen.

Dies mag für die brave Firma sehr schmerzlich sein;
uns es ist erfreulich, daß arme Arbeiter wieder zu ihrem
sauer verdienten Gelde gekommen sind.

Mit diesem Urtheil ist eine Materie angechnitten, die
dringend einer Regelung bedarf. In hundert und tausend
Fällen wird bei uns gegenüber dem Arbeiter die Lohn-
beschlagnahme, die dem Geist des Gesetzes wider-
spricht, aufrecht erhalten. Da gründet der Unter-
nehmer irgend eine Fabrikklasse, in welche er
seine Arbeiter zu zahlen zwingt; wenn dann ein Arbeiter
entlassen wird, so gehen ihm seine Ansprüche an die Kasse
und der dort niedergelegte Betrag verloren. Sehr häufig
wird der Inhalt solcher Kassen in das Geschäft gesteckt;
geht es dann schief, so verlieren die Arbeiter auch diese
ihre Ersparnisse. Das System der Lohnabzüge in Gestalt
von Strafen erreicht oft eine unglaubliche Höhe; haben
wir doch erst neulich in Wolfenbüttel gesehen, daß eine
Arbeiterin sich das Leben genommen hat, weil sie „das
ewige Strafen“ nicht mehr ertragen wollte.

Wenn einerseits die Betriebsleiter sich so fruchtbar in
der Erfindung neuer Formen der Lohnrückerei erweisen,
so wollen wir andererseits hoffen, daß der erwähnte Elber-
felder Urtheilspruch nicht vereinzelt bleibe im Deutschen
Reich.

Korrespondenzen.

Bukarest, den 23. August. Das in dem vorigen Bericht
erwähnte Einschreiten der Polizei gegen die letzte
Wochenversammlung des sozialistischen Clubs hat doch
noch einige Nachspiele gezeitigt, welche die Bukarester Presse ge-
nädigt haben, das Verhalten der Behörden der Sozialdemokratie
gegenüber näher zu prüfen. Es hatte sich hier im Laufe der
letzten Wochen eine „Vereinigung der Presse“ gebildet, welcher
fast sämtliche Redakteure der Bukarester Zeitungen beitraten
und welche vor allem die „Standesrede“ der Journalisten ver-
treten sollte. Man eröffnete die Thätigkeit dieser Vereinigung
mit einem großen Ballfeste und weisagte derselben nach dem

Gefühl des Hasses gegen die kleine Chebe, aus unerwidelter
Liebe entspringend, darunter.

Klara hörte ihn an, ohne etwas zu erwidern. Ein un-
gläubiges Lächeln reizte den Alten und stachelte seine Bos-
heit an: „Ach, Du glaubst mir nicht, Du willst Beweise.“
Und er gab sie ihr, einen nach dem andern und bohrte sie
ih wie Dolche in's Herz. Sie brauchte ja nur zu Dardje
in der Rue de la pair zu gehen, wo George als Neujahres-
geschenk für Sidonie einen Schmuck für dreißigtausend
Franks gekauft hatte. Dreißigtausend Franks für einen
Schmuck am Vorabend des Bankrotts zu zahlen.

Er hätte noch den ganzen Tag fortreden können, ohne
daß Klara ihn unterbrochen hätte; sie fühlte, daß bei dem
geringsten Anlaß ein Thränenstrom hervorbrechen würde und
sie wollte lächeln, lächeln bis zum Ende. Sie wünschte mir
schnell hinzukommen, um diese boshafte Stimme nicht
mehr zu hören.

Endlich hielt er inne, sie verneigte sich und ging nach
der Thür.

„Du gehst schon fort, hast Du es so eilig? . . . Willst
Du nicht mit mir frühstücken? . . .“

Im Grunde seines Herzens fühlte er doch ein wenig
Mitleid mit ihr. Sie verneinte durch ein Schütteln des
Kopfes.

Mit stolz erhobenem Kopfe durchschritt sie den Hof, an
ihrem Lieblingsbanne und ihrer Lieblingsbank vorbei ohne
diese, ebenso wie Kih, den Neusundländer, eines Blickes zu
würdigen. Als Kind des Hauses war sie gekommen, als
Fremde verließ sie es.

Sie slog mehr als sie ging, an der Parkmauer entlang
bis zur Stelle, wo die Landstraße vorbeiführte und der Brief-
kasten angebracht war. Unwillkürlich blieb sie stehen und

eine plötzliche Erinnerung stieg in ihr auf, wie sie vor drei
Jahren an dieser Stelle den Brief in den Kasten warf, der
Sidonie zu einem vierwöchentlichen Besuche einlud. Eine
innere Stimme sagte ihr, daß all ihr Unglück von dieser
Minute herstammte. „O, wenn sie dies geahnt hätte.“
Und als sie daran dachte, weid' ein gläubiges, glückliches
Kind sie damals gewesen war, da empörte sich ihr Herz
gegen die Ungerechtigkeit des Lebens und sie fragte sich:
Warum mir das? Was habe ich verschuldet?

Dann sprach sie wieder zu sich selbst: „es ist nicht wahr,
es ist nicht möglich, man hat mich belogen“ und auf dem
ganzen Wege nach dem Bahnhofe suchte die Unglückliche sich
selbst zu beruhigen, aber ohne Erfolg. Jetzt
verstand sie auch alle Eigenheiten in der Lebensweise ihres
Mannes, seine verlegenen Mienen, seine Entschuldigungen,
wo er gar nicht nötig hatte, sich zu rechtfertigen — aus
allem zog sie die Gewissheit seines Vergehens.

Sogleich, nachdem sie den Waggon verlassen hatte, begab
sie sich zu dem Juwelier in der Rue de la pair, um ihre Zweifel
zu enden und sich Gewissheit zu verschaffen. Ihre Furcht,
die grausame Wahrheit zu erfahren, war so groß, daß sie
lange vor dem Schaufenster des Ladens stehen blieb und
die funkelnden Steine betrachtete und wer sie so in ihrem
einfachen feinen Anzuge verfunken in den Anblick des Ge-
schmeides sah, der mußte sie eher für eine glückliche junge
Frau halten, als für eine gemarterte schmerzzerfüllte, die das
Geheimniß ihres Lebens erschöpfen wollte. . . .

Endlich trat sie ein. . . .

„Ach gewiß, gnädige Frau. . . . Herr Fromont. . . .
Ein Halsband mit Diamanten und Rubinen. . . . Wir
können Ihnen dasselbe für fünf und zwanzigtausend Franks
liefern.“

Feuilleton.

[30]

Fromont junior und Kislé senior.

Von Alphonse Daudet.

Aus dem Französischen von Ludwig Knorr.

Ich weiß alles und habe in Paris so gut meine Polizei
wie hier draußen und wie in Asnières. . . Ich weiß, wo
dieser Bursche seine Tage und Nächte zubringt und will nicht,
daß meine Franks denselben Weg gehen. Für ehrlich ver-
dientes Geld sind das nicht die richtigen Orte.“

Klara starrte ihn mit durch die Angst und das dunkle
Gefühl, etwas ganz Schreckliches zu vernehmen, vergrößerten
Augen an. Lachend fuhr der Alte fort:

„Sie hat kein schlechtes Kammerl, diese kleine Sidonie.“

„Sidonie?“

„Meiner Seel, um so schlimmer, wenn ich den Namen
genannt habe. . . . Uebrigens hättest Du ihn doch eines Tages
erfahren. . . . Es ist sogar merkwürdig, daß Du so lange. . .
Aber ihr Weiber seid so eitel, daß Ihr gar nicht glauben
wollt, man könne euch betrügen. . . . Nun, Sidonie hat alles
verschuldet, was er hatte, übrigens unter Zustimmung ihres
Mannes.“

Und ohne Mitleid erzählte er nun der jungen Frau,
wo das Geld für das Haus in Asnières, für Pferd und
Wagen herkam, wie reizend das Absteigequartier in der
Rue Gabriel ausgestattet sei. Man fühlte ordentlich,
wie wohl es ihm that, seine Erfolge in der Spionekunst
an den Tag zu bringen und vielleicht mißte sich auch ein

glänzenden Verlauf des Festes noch eine große Zukunft. Die unangenehm aber wurden nun die Herren berührt, als mehrere Mitglieder dieses neuen Vereins den Antrag stellten, die gesammte Korporation der Presse solle gegen die hauptstädtische Polizei protestieren, weil ein Mitglied der Presse, der Redakteur des arbeiterfreundlichen Blattes „Aluna“ in jener sozialistischen Versammlung verhaftet und von den Polizeibeamten sehr unanständig behandelt worden war. Die Redaktionen von vier oppositionellen Zeitungen nahmen sich der Sache ihres sozialistischen Kollegen an und verlangten den Protest gegen die Polizei, da gerade dies für die neue Vereinigung eine vorzügliche Gelegenheit zur Wahrung „der Standesehre“ der Journalisten gegenüber unbedingten Angriffen sei. Die Redaktionen der Regierungsbücher sind dagegen über diesen Antrag nichts weniger als erbaunt, und sie kränkten sich mit Händen und Füßen dagegen, für den Herausgeber des Arbeiterblattes einzutreten. Der Letztere hatte allerdings auch nichts anderes erwartet; aber immerhin ist es ergötlich, zu sehen, wie die unter so großem Geräusch begründete „Vereinigung der Presse“ sofort wieder auseinanderfällt, sobald die „Solidarität des Standes“ auch auf einen Sozialisten ausgedehnt werden soll. Voraussichtlich wird deshalb der Verein den „polizei-feindlichen“ Antrag mit geringer Stimmenmehrheit ablehnen, worauf die Vertreter der radikalen Presse von dem Verein zurücktreten und die Herren von der „gutgesinnten“ Presse dann „unter sich“ bleiben werden.

New-York, den 15. August. Aus dem gemeinsamen Vorgehen der Sozialisten und Nationalisten hier ist vorläufig nichts geworden, oder besser gesagt, letztere haben sich auf der von ihnen einberufenen zweiten Konvention so viele zweideutige Elemente an die Kockschöpfe gebängt, welche mit den nationalistischen Bestrebungen durchaus nichts gemein haben, daß ein Zusammengehen mit der auf dieser Konvention gegründeten „Commonwealth Party“ überhaupt nicht als ein Zusammengehen mit den Nationalisten bezeichnet werden kann. — In der gleich darnach stattgehabten Versammlung der Sektionen der sozialistischen Arbeiterpartei wurde gegenüber dieser unlieblichen Entwicklung der Dinge provisorisch Stellung genommen, und diese auf einer später stattgehabten Konvention der Sektions- und Gewerkschaftsdelegaten für eine sozialistische Wahlbewegung gutgeheißen. Es waren auf dieser Konvention 46 Organisationen durch 85 Delegaten vertreten; doch fehlte eine Anzahl Delegaten, was übrigens in der Arbeiterbewegung der letzten Jahre zu einem stehenden Uebel geworden ist.

Das Plattform-Komitee berichtete, daß es der Instruktion gemäß mit einem ähnlichen Komitee der Nationalisten-Konferenz mehrere gemeinschaftliche Sitzungen abgehalten habe, um zu ermitteln, ob ein gemeinsames Vorgehen beider Theile nicht zu erzielen sei. Damals habe das Komitee geglaubt, daß beide Theile ein gemeinsames Programm aufstellen könnten, wobei jedoch die resp. Organisationen und Plattformen intakt erhalten blieben. Die zweite Sitzung der Nationalisten-Konferenz habe jedoch die Sachlage verändert. Diefelbe sei aus so heterogenen Elementen zusammengekehrt gewesen, daß ein gemeinsames Vorgehen mit der „Commonwealth Party“ nicht zu denken sei. Es seien so viele schlechte Elemente in jener Konferenz gewesen, daß man nichts mit denselben zu thun haben dürfe. Bogus-Arbeiter-Organisationen, republikanische „Fehler“ und anderes Gefindel sei dort zu finden. — Es wurde darauf folgende von den Sektionen der sozialistischen Arbeiterpartei vorgeschlagene Resolution nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Ich gebe dieselbe in ihrem ganzen Wortlaute, da aus ihr die Sachlage ihre volle Erklärung findet. — In Erwägung, daß die am 7. August im Cooper-Institute versammelte Konvention größtentheils aus reaktionären und überberichtigten Elementen bestand, welche als Delegaten von Bogus- oder bloß auf dem Papier bestehenden Klubs zugelassen wurden; und in Erwägung, daß die in besagter Konvention vorgelegte Plattform voll verwirrenden Wortschwalls ist und nicht klar die grundlegenden Prinzipien präzisirt, welche die einzige gesunde Basis für eine politische Arbeiterbewegung bilden können und die bisher auch von den Nationalisten anerkannt worden sind; in Erwägung, daß ein maßgebender Theil der jener Konvention beizuhörenden Delegaten sich offen diesen Prinzipien feindlich erklärten und die Plattform an ihre Bogus-Organisationen zurückverweisen ließen, in der offensiblen Absicht, dieselbe noch weiter zu verwässern; beschloffen, daß die gemeinschaftliche Versammlung der Amerikanischen, Deutschen und Jüdischen Sektion erklärt, daß sie nichts mit der von jener Konvention gebildeten Commonwealth Party zu thun haben will. Und in Erwägung, daß die Nationalisten ebenso wie wir die Abschaffung des Lohn- und Konkurrenzsystems und die Einführung eines kooperativen Industrie-Systems als einziges Heilmittel anerkennen für die gesellschaftlichen Uebel, welche das Volk bedrücken, und in Erwägung, daß ihre Verbindung mit den oben gekennzeichneten Elementen unnatürlich, unklar und geeignet ist, dieselben vor dem Publikum zu kom-

*) Von korrupten „Arbeiterführern“ speziell zu dem Zweck geschaffene Organisationen, um sich von den Politikern „auskaufen“ zu lassen.

Also noch fünftausend Frank billiger als ihm.
„Ich danke Ihnen mein Herr! . . . Ich werde es mir überlegen.“
Sie hatte nur den einen Wunsch: aus dem Gewühle der Straßen zu entfliehen, allein, ganz allein zu sein, um sich ganz in den Abgrund bitterer Empfindungen zu stürzen. O, der Abscheuliche, der Erbärmliche! Noch in dieser Nacht hatte sie ihn getröstet und mit ihren Armen umschlungen. Pflöcklich, ohne zu wissen wie, befand sie sich auf dem Hofe der Fabrik.
Nisler war eben im Begriff große Blumentöpfe hinaufschaffen zu lassen, die zu dem Feste gebraucht werden sollten. Bei dem Gedanken an ihre Lage und dem Anblicke dieser festlichen Vorbereitungen bemächtigte sich ihrer eine tiefe Empörung und ohne den verdunzten Nisler zu grüßen, eilte sie schnell an ihm vorüber.
Nisler war eben im Begriff große Blumentöpfe hinaufschaffen zu lassen, die zu dem Feste gebraucht werden sollten. Bei dem Gedanken an ihre Lage und dem Anblicke dieser festlichen Vorbereitungen bemächtigte sich ihrer eine tiefe Empörung und ohne den verdunzten Nisler zu grüßen, eilte sie schnell an ihm vorüber.
„Schnell, schnell, pack Eure Sachen ein!“
Ihre Stimme zitterte und inmitten dieser, ganz in einer Manie befangenen alten Frau, dem verrätherischen Gatten und dem hilflosen Kinde ihre Verlassenheit empfindend, zog sie doch daraus die Kraft zu schnellen Entschlüssen.
In einer Minute war das ganze Haus mit dem Einpacken beschäftigt. Sie wollte fort sein, ehe George zurückkam. Wohin sie sich wenden sollte, zu einer Tante nach Orleans, nach Savigny? Sie wußte es selbst nicht. Nur fort, fort aus dieser beschwerlichen Umgebung.
Welch schmerzliche Empfindungen und Erinnerungen tauchten beim Einpacken jedes Gegenstandes in ihr auf. Der Duft eines Täschchens, das Muster einer Spitze genügten, um ihre Thränen fließen zu lassen.
In ihrem Schmerze um den ungetreuen Gatten hatte sie gar nicht mehr an den eigentlichen Zweck ihrer Fahrt nach Savigny gedacht. Jetzt fiel ihr plötzlich ein, daß ihr Mann ruiniert sei, der Bankerrott über ihrem Hause schwebte.

promittiren; beschlossen, daß es Pflicht aller bona fide Nationalisten ist, sich von der sogenannten Commonwealth Party loszusagen und mit den Sozialisten zu kooperiren, und wir laden sie ein, deren Konvention durch Delegaten zu beschicken.“ —
Es ist anzunehmen, daß die Nationalisten es schon bereuen, in der Weise vorgegangen zu sein, wie sie es gethan haben; besonders wenn man in Betracht zieht, mit welcher Sorgfalt sie bisher darauf geachtet haben, daß ihnen keine der zahlreichen korrupten „Arbeiterführer“ in's Gehege kamen. Ist doch die ganze Nationalisten-Bewegung eine solche gegen die Wirthschaft der beiden bisher herrschenden Parteien, denen andererseits von der großen Arbeitermasse „Heerbann“ geleistet wird, wobei jene Arbeiterführer als „politische Drahtzieher“ dienen. Es muß den Nationalisten also sehr daran gelegen sein, sich diese Elemente vom Halse zu halten, während sie durch Auforderung zur Beschickung der von ihnen arrangirten Konvention Seitens aller auf „fortschrittlicher Basis“ stehenden Vereine z. gerade das Gegentheil herbeiführten. Auf solcher „Basis“ stehen ja selbstverständlich alle jene „Organisationen“, und wenn ihre Boodle-Arbeite noch so offenkundig zu Tage liegen. Diese New-Yorker Affaire ist im Uebrigen eine gute Lehre für die Nationalisten des ganzen Landes, und es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß sie dieselbe beherzigen werden.

Gänzlich unerwartet ist vorerige Woche ein Streik der Bremser, Weichensteller und sonstiger Arbeiter (außer den Lokomotivführern und Heizern) an der N.-Y. Centralbahn ausgebrochen, welche zum Orden der Knights of Labor gehören. Der Grund ist die seit einiger Zeit praktizierte Entlassung alter Angestellten, die als hervorragende Mitglieder des Ordens bekannt sind, was der Bahnverwaltung selbstverständlich, trotz der Geheimnisthämerei, die bei den Knights immer noch die Hauptrolle spielt, kein Geheimniß ist. Dagegen ist dieselbe Geheimnisthämerei Ursache, daß die übrige Arbeiterschaft vollständig im Dunkeln über die Sachlage ist und man keinerlei Kenntniß darüber hat, welche Schritte vorher geschehen sind, um ein günstiges Resultat zu sichern. Versuche, die übrigen Bahnarbeiter, welche eigene Organisationen besitzen — wie die angeführten Lokomotivführer und Heizer — für die Sache zu gewinnen, scheinen gar nicht gemacht worden zu sein; erstere erklärten offiziell, daß sie mit dem Streik nichts zu thun hätten, und von letzteren nehmen nur diejenigen am Streik Theil, welche Mitglieder des Ordens sind. — Der Generaldirektor der Bahn, Depew — die rechte Hand Vanderbills und angeblicher „Arbeiterfreund“ — befindet sich auf einer Spritour in Europa, und das Organ des Ordens meint naiverweise, die Maßregelungen wären nicht vorgekommen, wenn derselbe anwesend gewesen sei. — Auf eine Anfrage an Powderly, ob die Exekutive des Ordens, welche in einigen Tagen ihre regelmäßige monatliche Sitzung abhält, den großen Eisenbahnstreik ebenfalls besprechen würde, erklärte derselbe, daß dies sehr fraglich sei, da die Tagesordnung derselben schon vorher festgesetzt worden wäre! In das nicht die reine Stillschließung? Die Exekutiven anderer Organisationen würden bei solch' wichtigem Vorkommniß nichts Geringeres zu thun wissen, als eine Extrastagung einzuberufen!

Die nächsten Tage werden wohl schon eine Entscheidung bringen; es handelt sich darum, ob es der Gesellschaft gelingt, genügend „Scabs“ zu erlangen, um den Betrieb wieder in Fluß zu bringen. Anstrengungen dazu werden bis in den Westen gemacht. Die „Pinkerton'schen Mordbuben“ sind von ihr engagirt, um ihr „Eigenthum“ zu schützen, da der Gouverneur nicht gleich darauf einging, nach verschiedenen Stellen im Staate Milizen zu beordern; es ist bei der bekanntem Brutalität dieser modernen Landsknechte — rekrutiren sich dieselben doch aus dem verkommensten Abenteuergeindel — ein Wunder, daß es noch zu keinem Blutvergießen gekommen ist. Es heißt indessen, daß nur etwa der vierte Theil von ihnen, die „Befonnensten“, mit Schußwaffen versehen sind. Sehr wahrscheinlich befürchtet der Chef dieser Bande, daß irgend welche Gewaltthaten derselben diesmal zu demselben Resultat führen könnten, wie im Staate New-York, dessen Legislatur durch den Druck der öffentlichen Meinung genöthigt worden ist, ein Gesetz zu erlassen, welches die Verwendung derartiger Mordbuben bei hoher Strafe verbietet.

Politische Uebersicht.

Vor einiger Zeit ist offiziös gemeldet worden, daß es in der Absicht liege, den fertiggestellten Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches, bevor er förmlich an den Bundesrath bezw. den Reichstag gelangt, gewissermaßen zur Superrevision einem Sonderauschuß zu überweisen, welcher aus Juristen, Mitgliedern des Reichstages und sonstigen Sach- und Fachverständigen zusammengesetzt werden sollte. Jetzt heißt es weiter, daß dieser Absicht im Spätherbst d. J. nähergetreten werden wird, sobald man sich über die Auswahl der Mitglieder sowie namentlich über den Vorstehenden, für welches Amt der seitdem zum preussischen Finanzminister ernannte, frühere Abg. Dr. Miquel, in Aussicht genommen

George sollte also bei seiner Heimkehr seinen Ruin, den Verlust seines Weibes und Kindes erfahren! Drei Schläge auf einmal! Er ganz allein, dieses schwache schwanke Wesen, das nur weinen und dem Schicksale mit der Faust drohen konnte wie ein Kind. Trotz seines Verbrechens empfand sie Mitleid für ihn.

Auch fiel ihr ein, daß man sagen könnte, sie wäre vor dem Glend dem Bankerrott geflohen.
Das genügte bei dieser hochherzigen edlen Seele, um ihren Entschluß umzustossen.
Als man ihr mittheilte, daß das Kind angezogen sei, sagte sie ruhig:
„Es ist unüthig . . . wir reisen nicht . . .“

III.
Der Jahrtag . . .

Die große Thurmuhr von Saint Gervais schlug ein Uhr nach Mitternacht.
Es war so kalt, daß die feinen Schneeflocken in der Luft erstarrten und das Pflaster mit einer dünnen, knisternden Decke überzogen.
Nisler kam in seinem Mantel gehüllt aus der Brauerei. Der gute Nisler war zufrieden. Seit langer Zeit war er zum ersten Male wieder in Gesellschaft seiner getreuen Schuldner, Chebe und Delobelle, gewesen, denn bis jetzt hatte er allabendlich mit der Fertigstellung seiner Druckpresse zu thun gehabt, die nun ohne jeden Fehler funktionierte. Er triumphirte. Alles war nach Wunsch gegangen und es kam ihm vor, als hätte er durch die Erfindung eine Schuld an die Fromonts abgetragen, da die neue Maschine die Einnahmen verdoppeln mußte.

Nun konnte er auch Sidoniens Wunsch erfüllen, die „Barade“ in Anzieres verkaufen und einen größeren Landstük erwerben, Chebe und Delobelle besser unter die Arme greifen und vor allem seinen Liebblingsswunsch ansühnen, nämlich Franz nach Hause kommen lassen. Er dachte immer an den braven Jungen, dem eine tyrannische Kompagnie Urlaub bewilligte um ihn dann auf der Stelle, ohne jede Erklärung, abzurufen. Denn Nisler kamte nur

war, schlüssig gemacht haben wird. — Und wenn noch viel Kommissionen und Superkommissionen Berathungen über Berathungen anstellen, etwas Brauchbares wird dem Urtheil berufener Kritiker nicht herauskommen. Entwurf ist zu sehr mit bourgeoisen Anschauungen durchtränkt, und er beweist, daß seine Verfasser kein Ohr für die Stimme der Zeit haben.

Ein kleiner „Reinfall“. Dem hiesigen hauptsächlich von Arbeitern gebildeten Verein für Verbreitung von Volksbildung war bekanntlich vom Polizeipräsidenten vor einiger Zeit die Theilung zugegangen, daß er als politischer Verein betrachtet und behandelt werden würde. Deutschfreisinnige Blätter hatten mit großer Entrüstung und Entschiedenheit gegen diese Theilung des Vereinsgesetzes protestirt, obwohl es doch sonst ihre Art ist, sich für einen im Geruche der Sozialdemokratie stehenden Verein ins Zeug zu legen. Die Sache klärt sich nun sehr heiter auf. Die Redaktionen der deutschfreisinnigen Blätter hatten geglaubt, es handele sich um den von dem Abgeordneten N i e r t geleiteten Verein gleichen Namens, ein recht klammliches Gewächs, von dem das „zu bildende“ Volk nichts wissen will. Und darum die Thränen! Nun aber ist der Irrthum aufgeklärt und die deutschfreisinnigen Blätter haben keinen Grund mehr sich zu entrüsten. Sie können nur noch in betrübten Töne wie die „Voss. Jtg.“ schreiben: „Uns war die Mittheilung zugegangen, daß der „Verein für Verbreitung von Volksbildung“ nach einer Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten als ein politischer Verein aufzufassen und demgemäß zu behandeln sei. Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich bei um einen kleinen, im Allgemeinen sehr wenig gefürchteten Verein von ausgesprochen sozialdemokratischer Richtung, nicht die bekannte „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ deren Vorstehender der Abg. N i e r t ist.“ — Ja Bauer, das ist ganz was anderes!

„Reinhalten“ zu gründen, das heißt Bauernkommission, schlägt die „Kreuzzeitung“ vor zur Bekämpfung der Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem platten Lande. — Damit wird man die Auffassung des ländlichen Kleinbetriebes durch den Großbetrieb genau so sicher zu hüten, wie man dem Kleinmeisterthum durch Zunehmung auf die Weine helfen kann. Die wirthschaftliche Entwicklung ist hier eben stärker als das geschriebene Gesetz. Und man will sie nun wirklich den kleinen, auf eigener, armen Schenkeln hausenden Bauern für sich als „Stimmvieh“ behalten, wollen sie uns hindern, uns an den Tagelöhner, den Bauern das Gesinde zu wenden?

Mehr nicht? Es ist wiederholt mitgetheilt worden, daß gegenwärtig Untersuchungen über die Lage des Arbeiterstandes stattfinden. Man hat diese Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Entwurfe des Arbeiter-Schutzes gebracht, was unzutreffend zu sein scheint. „Voss. Jtg.“ erhält nämlich Kenntniß von folgendem amtlichen Schreiben einer Polizeibehörde an einen Fabrikbesitzer d. d. 9. August 1890:

„Den höheren Behörden ist es wünschenswerth zu erscheinen, welche Maßnahmen seitens der Arbeitgeber zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes in letzterer Zeit getroffen worden sind. Solche Maßnahmen werden anzusehen sein: Die Errichtung von Arbeiterwohnhäusern für ländliche Gegend, ländliche Fabrikarbeiter seitens der betreffenden Grundbesitzer, Fabrikbesitzer, die Errichtung besonderer Speiseanstalten, Anstalten, Bibliotheken, sowie Räumlichkeiten zum geselligen Verkehr für die in einem industriellen Betriebe beschäftigten Arbeiter seitens der betreffenden Unternehmer, ferner diejenigen von Arbeitgebern getroffenen Einrichtungen, welche ihren Arbeitern den billigen Bezug von Lebensbedürfnissen aller Art zu ermöglichen bestimmt sind. Wir ersuchen Sie, uns binnen innerhalb zwei Wochen eine entsprechende Nachricht zukommen zu lassen.“

Es handelt sich also nur um die Feststellung, in welcher Maße sogenannte „humanitäre“ Veranstaltungen, bei denen zudem häufig genug der Pferdefuß privattkapitalistischer Interessen hervorsticht, in Deutschland vorhanden sind. Hoffentlich wird das Resultat veröffentlicht werden, wenn, wie zu erwarten ist, erstaunlich gering ausfällt. Deutsche Bourgeoisie hat zu solchen Unternehmungen keine Zeit mehr.

Die Reichen sind die allein patriotischen und allein stitlichen Bürger. So wird mit ebensoviel Wahrsinn stolz als Entrüstung über die Armen in den „Grenzboten“

diese Erklärung für die plötzliche Abreise seines Bräutigams ohne Abschied.

An der Ecke der Rue des Vieilles-Haubriettes hielt er lange Weile Wagen. Nichtig dachte der gute Nisler, und ist ja heute Ball, von dem ihm allerdings schon suspendirt hatte, weil er doch so beschäftigt wäre. Einem gewissen feierlichen Stolz sah Nisler zu den erleuchteten Fenstern seiner Wohnung empor, aus denen in rhythmischen Intervallen gedämpfte Tanzmusik erklang und Silhouetten der Gäste hinter den Vorhängen tauchten.

Ganz auffallend war der Gegensatz, in welchem der Stock zum zweiten stand. Dort brannte kein Licht, es genommen eine kleine Lampe, die die blauen Tapeten im Schlafzimmers erleuchtete.

Nisler fiel das auf, und da er wußte, daß das eine einzige Tage unwohl gewesen war, und sich an die Erinnerung, in der Frau Chorche an ihm vorübergegangen war, so begab er sich nach der Loge des alten Achille, sich zu erkundigen.

„Ist das Kind bei Fromonts noch immer krank?“ fragte er.

„Nein, nicht das Kind, aber der Herr.“
Und während Nisler die Thür wieder schloß, sagte der alte Achille zu den in der Loge stehenden in dicken gehüllten Kutschern mit jener halb furchtsamen, halb wegenen Bedientenfreiheit:

„Wahrhaftig, im ersten Stock giebt es nicht so ein Plaisir wie im zweiten.“
In der Zwischenzeit hatte sich Folgendes ereignet: Fromont junior hatte beim Nachhausekommen Frau so verändert und verfürzt angetroffen, daß er errieth, daß irgend eine Katastrophe eingetreten mußte. Er war aber so daran gewöhnt, seinen Bräutigam nicht entdeckt zu sehen, daß ihm nicht der Gedanke an seine Frau kamte darum wissen. Mara ihrerseits sah sich so großmüthig, nur von Savigny zu sprechen.

„Großvater wollte nicht,“ sagte sie.
(Fortsetzung folgt.)

einander schreiben
gibt sich
reißt. Ein
einmüthig
Wieder
sehen
beiden
Reichen
in der
sie vor
ihnen
ihre
die Arme
stetlich
Staats
eine
als
Reichen
nennen,
Wesen,
gegen
Wort
Natur
Was ist
Lofer
sich
die
Zu
händen
wäre
nicht
nicht
der
sein
Kont
er läßt
eine
Bel
eine
beiden
Jeder
vor
theil,
Lügen
mehr
verhe
möglich
Wahl
nament
leider
Womit
haben
lich
In
ein
meister
schän
Redakt
in w
and
par
an die
Beweis
der
falls
er
zur
Wahl
heran
Plates
richtig:
Nu
nicht
In
wird
beram
über
In
ver
Ober
Kafreg
solch
unabw
gegen
gehör
Leben
in Ge
dem
Wovun
gegen
denen
rang
komma
Wiese
alle
geord
Mars
gerät
Jande
Mühe
älteste
macht,
der
den
Geben
in ihr
der Na
lassen
jeht.
eines
geord
befan
bach
ergeb
Wahl

einandergeht. Der fünfzehn Seiten lange Artikel ist über-
schrieben „Der Patriotismus als Bursch der Stillschließung“ und
gibt sich als eine Besprechung des Büchleins „Schwarz weiß
rot. Eine Ethik des Patriotismus von Th. Brecht“. In Ueber-
einstimmung mit Herrn Th. Brecht fällt der Grenzboten-
Mitarbeiter u. a. folgende Urtheile, aus denen der Leser er-
sehen mag, mit welcher Geistes Kindern er es bei diesen
beiden Herren zu thun hat: „... Nun ist es klar, daß die
Reichen im Staate, die gewöhnlich die Klinte der Gesetzgebung
in der Hand haben, sich selbst zuerst bedenken werden, und daß
sie vor allen anderen Staaten gerade diesen Staat schätzen, der
ihnen solche Vortheile sichert und der eigentlich mit ihnen, mit
ihren Gesammtheit zusammenfällt. Und ebenso klar ist es, daß
ihre Armeen, die als rechtlose Sklaven oder bloße, wenn auch per-
sönlich freie Unterthanen, gar keinen Einfluß auf die
Staatsverwaltung ausüben, keine Rechte haben und sich
keine Vortheile sichern können, dem Staate mehr feindlich
als freundlich gegenüber stehen. Daher dürfen sich die
Reichen immer und überall Aristokraten oder Oligarchen
nennen, denn im Staat und für den Staat sind sie wirklich die
Besten, sind sie die, die den Staat, und zwar den Staat in seiner
gegenwärtigen Verfassung, unter allen Umständen und um jeden
Preis aufrecht erhalten wollen. Alle Armen dagegen sind von
Natur Staatsfeinde, und zwar genau in dem Grade um so
mehr, als sie Grenzboten-Deutsch Staatsfeindlicher, je ärmer und recht-
loser sie sind.“ Darin steckt, je nachdem man's versteht,
sehr viel Wahres. Aber man denke ja nicht, daß
die beiden patriotischen und stillen Männer, Herr
Th. Brecht und der Grenzboten-Referent, eine Kritik an den Ju-
den im Staat üben wollen. Sie finden sie ganz gut und
sind frohlich daraus ihre Folgerungen, z. B.: „Die Forderung,
daß der Patriot vom Staate keinen Vortheil erwarten dürfe,
wäre einfach lächerlich.“ In einem Punkte sind die beiden Herren
nicht einig. Herr Brecht beklagt, daß die Ideen des Patriotismus
noch auf die Stufe des Unklaren, Unbewussten, noch
nicht Begriffsmäßigen stehen geblieben sei. Dazu bemerkt
der Kritiker: „Sollte dies richtig sein, so wäre es
kein Unglück, denn durch die begriffsmäßige Klärung
wären gleich den Beweggründen auch die Ideen ihre
Kraft zu verlieren.“ Dieser Satz ist unvergleichlich,
er läßt sich sofort auf den Kritiker anwenden. Entweder sind
seine Gedanken so geklärt, daß sie die überzeugende Kraft ver-
loren haben, oder sie üben, weil es ihnen an Klarheit gebricht,
eine so kräftige Wirkung auf das Zwischengebiet. Für welches von
den beiden sich der Herr Kritiker entscheidet, wissen wir nicht. Dem
Leser wollen wir aber wenigstens noch eine belustigende Probe
vorlegen. „Die Kleinstaatler haben, wie uns gesagt wird, den Vor-
theil, daß ihre Bürger den „Gegenstand ihrer Liebe“ fast stets vor-
ziehen. Im Großstaat nicht; hier vergegenwärtigen viel-
mehr die Beamten den Staat. Allein, wir dürfen's uns nicht
verhehlen, es ist sehr schwierig, es ist vielleicht psychologisch un-
möglich, den Staatsanwalt, den Gerichtsvollzieher und den
Polizisten zu lieben. Leicht fällt es schon beim Briefträger;
namentlich beim Geldbriefträger, am leichtesten beim Pöbelknecht;
leider kann nicht jeder Ort im Reich sein Vorkämmerer haben.“
Womit denn der Leser ungefähr eine Vorstellung davon gewonnen
haben wird, was er im Deutschen Reich für patriotisch und sit-
lich zu halten hat.

**In der Angelegenheit der Bohemer Steuer-
einschätzung** hat sich inzwischen auch der dortige Oberbürger-
meister Wollmann, der als solcher auch Vorsitzender der Ein-
schätzungskommission ist, vernommen lassen. Derselbe hat an die
Redaktion der „West. Volksztg.“ ein längeres Schreiben gerichtet,
in welchem er die Kommission gegen den Vorwurf einer ungerechten
und parteiischen Einschätzung in Schutz nimmt und das Ansuchen
an die Redaktion stellt, sie möchte ihm „binnen acht Tagen die
Beweismittel für die Behauptungen bezüglich des Einkommens
der benannten sieben Steuerzahler zugänglich machen“, wö-
rigenfalls er annehmen müsse, daß dieselben wahrheitswidrig
nur zu dem Zwecke aufgestellt sind, um die Einschätzungskommission
unmöglich zu machen und in der öffentlichen Meinung
herabzuwürdigen.“ Hierauf hat die Redaktion des genannten
Blattes folgendes Schreiben an den Oberbürgermeister ge-
richtet:

„In Erwiderung Ihrer geschätzten Zuschrift müssen
wir es rüdweg ablehnen, Ihnen unser Verweismaterial
dafür zu unterbreiten, daß die von uns namhaft gemachten
Personen thatsächlich die behaupteten hohen Jahreseinkünfte
beziehen. Wir stellen Ihnen aber, falls Sie — was wir
entschieden bestreiten — annehmen sollten, daß unsere Aus-
sicherungen beleidigend und ehrverleumdend für die Ein-
schätzungskommission seien, anheim, öffentliche Klage gegen
uns einleiten zu lassen. Wir werden alsdann vor Gericht,
unter Anderem durch das eidliche Zeugnis der genannten
Personen selbst, den Beweis dafür erbringen, daß unsere
Behauptungen im Wesentlichen richtig sind. Schließlich
bitten wir uns gütlich mittheilen zu wollen, in welcher
Stufe die Herren Waare, Frielinghaus, Schulz, Hartmann,
Robert Korte und Karl Korte stehen, damit wir der
Wahrheit die Ehre geben und unsere diebezüglichen Aus-
sicherungen richtig stellen können.“

Auf diesen Brief der Redaktion ist bis jetzt eine Antwort
nicht erfolgt.

Aus Anlaß der gemeldeten Soldateneinschüsse in Bayern
wird in der bayerischen Presse immer entschiedener die For-
derung aufgestellt, den Kommandeur des 9. Regiments, Oberst
Schöller, vor das Militär-Berichtsgericht zu stellen, weil er sich
über alle für Märsche bestehenden Vorschriften hinwegsetzt hat.
In der That ist ein solches Verlangen um so gerechtfertigter, als
überdies die Nachricht von der Kommandoerhebung des
Oberst von Schöller für unzutreffend erklärt wird. Bei der
Aufregung, die allgemein im Publikum über die Möglichkeit
solcher Massen-Unglücksfälle herrscht, ist es eine Forderung von
unabweisbarer Nothwendigkeit, daß auch der Oeffentlichkeit
gegenüber der Thatsache vollständig klar gestellt und den An-
gehörigen der Soldaten eine Garantie gegeben wird, daß das
Leben und die Gesundheit der Menschen nicht willkürlich
in Gefahr gebracht werden kann. Uebrigens muß auch
dem Regimentskommandeur selber, wenn er sich frei von jedem
Vorwurfe glaubt, daran liegen, daß dies auch der Oeffentlichkeit
gegenüber festgestellt wird, die bis jetzt nach den bekannt ge-
wordenen Thatsachen anderer Meinung sein mußte. Selbst die regie-
rungsständlichen Blätter Bayerns haben gegen den Regiments-
kommandeur Stellung genommen. So erheben auch die „Münch-
ener Post“ den Vorwurf, daß bei dem Marsche nicht nur
alle nöthigen und durch die allerhöchsten Dienstvorschriften an-
geordneten Vorsichtsmaßregeln außer Acht gelassen, sondern
Marsch durch allehand Juthaten erschwert wurde. Besonders
gerügt wird, daß der Oberst den Marsch fortsetzen ließ, obwohl
Hunderte seiner Soldaten umsanken und die übrigen sich nur mit
Mühe forschleppten und in dieser Hinsicht es auch dem rang-
ältesten Arzt und dem Bataillonkommandeur zum Vorwurf ge-
macht, daß sie nicht den Regimentskommandeur auf die Geschöpfung
der Leute noch besonders aufmerksam machten.

Aus Oberbayern, 26. August. Die Gewerbelammer für
den Regierungsbezirk Oppereln, in dessen Bereich die oberbayerischen
Gewerben mit einer Belegschaft von 65 000 Arbeitern liegt, erklärt
in ihrem Bericht für 1890 bei der Besprechung der Wirksamkeit
der Kammer, daß die letztere sich nicht mehr lange werden erhalten
lassen, da ihr die eigentliche Lebenskraft und Lebensbedingung
fehle. — Sollten die Herren wirklich gar nichts zu thun finden?

Colmar i. Elz., 26. August. Von der gestrigen Eröffnung
eines Reichstags-Abgeordneten an Stelle des verstorbenen Ab-
geordneten Grad ist das Ergebnis bis jetzt aus 59 Gemeinden
bekannt. Es sind gezählt: für Klusland (Elsässer) 6716, für Allen-
bach (Eoz.) 2572 Stimmen. Aus 4 Gemeinden steht das Wahl-
ergebnis noch aus, und wenn auch durch dasselbe an der Wahl
Kluslands nichts geändert werden kann, so bedeuten doch die

2 1/2 Tausend Stimmen, die beim ersten Ansturm erworben sind,
einen außerordentlichen Erfolg der Sozialdemokratie.

Italien.

Man schreibt uns aus Mailand, unterm 24. August:
Die „Bande von Castrocara“ steht noch immer in
Vordergrund der politischen Diskussion und die bürgerlichen Or-
gane fragen sich verzwweifelt, wie es möglich sei, daß in dem
polizei- und militärstarken Italien des Herrn Crispi eine Schaar
von hundert bewaffneten Republikanern zwei Tage lang eine
ganze Provinz habe unsicher machen können. Einzelne Blätter
hatten sogar davon zu erzählen gemußt, die „Rebellen“ hätten die
Telegraphendrähte abgeschnitten und eine geheime Waffenfabrik
angelegt; in einem Orte sei sogar von ihnen das Haus des
Bürgermeisters geplündert, die Gemeindefolge geplündert und alle
Bücher und Papiere verbrannt worden. Alle diese Nachrichten
stellten sich jedoch als kindische Uebertreibungen heraus, und das
Arbeiterorgan „L'Avenir“ („Die Zukunft“) in Ravenna fragt
mit Recht, ob man wohl wirklich glaubt, daß Herr Crispi sich
eine so vorzügliche Gelegenheit, die unbehagene Romagna mit dem
Kriegszustand und den Kriegsgewaltigen zu beglücken, hätte entgehen
lassen, wenn dort thatsächlich eine revolutionäre Bewegung auf-
getreten wäre. Von glaubwürdiger Seite wird auch versichert,
daß die Zahl Hundert erst dann herauskommen würde, wenn
man zu den Demonstranten die Kinder und Frauen hinzuzählen
wollte, welche innerhalb der Dörfer neben denselben herliefen.

Frankreich.

Paris, 26. August. Den Morgenblättern zufolge hätte die
Regierung die Absicht den Posten eines General-Gouverneurs von
Algier eingehen zu lassen; Algier solle in fünf Departements ge-
theilt werden.

Paris, 25. August. Wie die Blätter melden, hat der oberste
Sanitätsrath sich für die Vorschläge der italienischen Regierung,
betreffend die Wiedererrichtung einer internationalen Gesundheits-
kommission in Egypten ausgesprochen. — Nach der „France“ hat
der Minister der öffentlichen Arbeiten Yves Guypot die Präsesen
der in Frage kommenden Departements aufgeföhrt, das Projekt,
Paris in einen Seehafen zu verwandeln, einer Prüfung zu unter-
ziehen und das Ergebnis derselben dem Minister noch vor Schluß
dieses Jahres zu übermitteln.

Paris, 23. August. Der Handelsminister hat die Ver-
anstaltung einer großen Enquete über die Arbeiterverhältnisse in
Frankreich beschloffen. Die Enquete wird sich erstrecken auf:
Arbeitslose, Arbeitsdauer, Unfälle, Krankheitsverhältnisse. Allen
Leitern industrieller Anstalten werden Fragebogen bezugs Ein-
ziehung detaillirter Aufkünfte über die Einrichtungen in wirth-
schaftlichen Leben der Arbeiter übermittelte werden. Die Er-
gebnisse der Enquete sollen als Grundlage für eingehenderes
Studium der Arbeiterfrage dienen, mit der sich die Re-
gierung zur Zeit beschäftigt. Der Minister wird für diese Enquete
bei der Kammer die Bewilligung eines Credits von 100 000 Frs.
beantragen.

Holland.

Amsterdam, 24. August. Dem sozialdemokratischen Blatte
„Recht für Alle“, an dessen Spitze Domela Nieuwenhuis steht,
droht ein eigenthümlicher Prozeß, der von dem Minister des
Inneren angezettelt worden ist. Das genannte Blatte hatte eine
Reihe von Artikeln über den genannten Minister veröffentlicht
und denselben der öffentlichen Mißhandlung beschuldigt. Jonthier
Savonin de Lohman hat sich nämlich im Anfang des Jahres
1886, also vor etwa fünf Jahren, mit seinem Gefinnungsgenossen
Dr. Abraham Kuiper der „neuen Kirche“ auf dem Damme durch
eine förmlichen Einbrecherstahl mit Gewalt bemächtigt und sich
in den Besitz des Kirchenvermögens, aus welches es dabei natür-
lich in erster Linie (so schreibt natv genug der Amsterdamer Be-
richterstatter der „Voss. Ztg.“, der wir diese Mittheilung ent-
nehmen, wörtlich) abgesetzt worden war, gesetzt, bis endlich die
Kirche durch Nichterspruch dem rechtmäßigen Besitzer, nämlich dem
Kirchenrath, wieder übergeben wurde. Damals war de Lohman
Professor der Rechte an der von Kuiper gestifteten freien, d. h.
orthodox protestantischen Universität, und es handelt sich um eine
vor den Augen des Volks begangene Gewaltthat. Man ist auf
den Verlauf und Ausgang dieses Prozeßes in hohem Grade ge-
spannt.

Belgien.

Brüssel, 25. August. Nach dem „Courier de Bruxelles“
haben die Arbeiterdelegirten der vier Bassins von Charleroi,
Blège, des Centre und der Borinage gestern in Charleroi eine
Versammlung abgehalten, in welcher die Erlassung eines Mani-
festes beschloffen wurde, das die Arbeiter auffordert, sich für einen
allgemeinen Ausstand (???) nach dem Kongreß vom 14. Sep-
tember bereit zu halten.

In Frameries haben heute neue Zusammenkünfte der
Ausständischen stattgefunden. Die Führer hielten Reden, in
denen sie zur Fortsetzung des Ausstandes aufforderten. Diefelbe
wurde auch von der zahlreichen Zuhörerschaft beschloffen. Die
Bergleute begaben sich hierauf nach den verschiedenen Gruben,
um ihre Arbeitsbücher zurückzufordern. Die Mühe wurde nicht
gesüßert.

Spanien.

Madrid, 25. Aug. Die Cholera nimmt in den ländlichen
Ortschaften der Provinz Toledo ab, dauert aber in der Stadt
fort, wo gestern 16 Fälle, darunter 5 tödtliche vorkamen. Der
Minister des Inneren und der Abtheilungs-Direktor für öffentliche
Gesundheit haben sich heute nach Toledo begeben, um eine Ver-
besserung der dortigen Gesundheitsverhältnisse zu bewirken. —
Heute Nacht ist hier eine Frau unter choleraähnlichen Symptomen
gestorben.

Rußland.

Die Schuldbeweise für die niederträchtigste
Menschenhänderei der russischen Beamten
in Sibirien häufen sich in erschreckender Weise. Die
neuesten Enthüllungen, die aus Sibirien nach Europa bringen,
überrreffen an Schandlichkeit noch die Greuel von Irkutsk.
Folgendes ist ein Theil eines Briefes, der aus Nikitje Kara
stammt und nach Zürich gelangt ist. In Kara befindet sich ein
Gefängnis, in welchem zahlreiche zu Zwangsarbeit verurtheilte
„Politische“ sitzen. Es ist eine Scene aus dem Leben dieser Un-
glücklichen, die uns der Brief schildert; derselbe lautet in wör-
tlicher Uebersetzung wie folgt nach der „S. G. Z.“: „Die poli-
tischen Arrestantinnen hatten bei der vorgehenden Behörde eine
Eingabe eingereicht mit der Vorstellung, den Gefängniskomman-
danten Mochalow abzurufen, da er sie in unerträglicher Weise
behandele. Die zu Zwangsarbeit verurtheilte „Politische“ Ka-
wajewskaja sollte auf seinen Befehl in ein anderes Gefängnis
transportirt werden; die Ausführung dieses Befehls aber geschah
in roher Weise. Man drang bei Nacht in die Zelle der Kawajew-
skaja, sie, die krank war, aus ihrem Bett und schleppte
sie nach durch das ganze Gefängnis, dann zog man ihr Ver-
brecherkleidung an und setzte sie den zornigen und gemeinen Be-
wehungen der Soldaten aus. Trotz aller Bitten der zu Zwangs-
arbeit verurtheilten „politischen“ Arrestantinnen wurde der Kom-
mandant nicht abgerufen. Darum beschloffen alle weiblichen
Gefangenen, die Nahrung zurückzuweisen und zu hungern. Die
erste Hungerperiode dauerte sechs Tage, die zweite acht, die dritte
zweiß und die letzte endlich dreißigundzwanzig Tage! Die Behörde
erschraak und beschloß, die Frauen künftighin zu ernähren. Um ihre
Geschwistinnen von dieser furchtbaren Pein zu erlösen, entschloß sich
endlich Sigida, eine ebenfalls zu Zwangsarbeit verurtheilte
„Politische“, sich zu opfern. Sie wollte ihre Mitschwester von
der Qual des Hungerns befreien. Sie nahm sich vor, den
Kommandanten zu ohneigen, in der Hoffnung, dann gehängt zu
werden und durch dieses heroische Mittel die Behörden zur Ab-
berufung des Kommandanten zu zwingen. Der Kommandant
erhielt seine Opreize. Aber die Aufopferung Sigidas war ver-
geblich. Man sperrete sie zunächst in strengen Arrest, dann

erstattete der Kommandant Bericht an den Generalgouverneur
Korff. Dieser befahl, Sigida wegen thätlicher Beamtenbeleidigung
wie einen gemeinen (männlichen) Verbrecher zu behandeln und
sie mit 100 Knutenhieben zu bestrafen! Sämmtliche weibliche
Gefangenen vereinigten sich in der Forderung, den General-
gouverneur telegraphisch zur Aufhebung dieser Maßregel zu ver-
anlassen. Der Gefängnisarzt verweigerte seine Theilnahme an
der Exekution, da Sigida einen Herzfehler besaß und überhaupt
von schwächlicher Konstitution wäre; er müsse befürchten, daß sie
die Exekution nicht überleben würde. Auf die telegraphische Vor-
stellung und das Gutachten des Arztes kam nun die ebenfalls
telegraphische Weisung, das Urtheil sofort zu vollstrecken und von der
Anwesenheit des Arztes abzusehen. Am 26. November wurde Sigida
ausgepeitscht und erhielt 100 Knutenhiebe. Am 29. November
starb sie am Herzschlage. Alle weiblichen Gefangenen entschlossen
sich nun, durch gemeinsamen Selbstmord gegen diese brutale
Züchtigung zu protestiren. Sie alle vergifteten sich. Drei von
ihnen starben: Kawajewskaja, Kalschunaja und Smirnakaja,
die übrigen wurden gerettet. Die beaufsichtigenden Genarkomen,
durch die Stille des Grabes aufmerksam gemacht, hatten die
Frauen in Krämpfen liegend erblickt, und so gelang es, diese
Frauen rechtzeitig angewandte Mittel in das Leben zurück zu rufen.
Auf der Männerabtheilung beschloß ebenfalls die Hälfte der Ge-
fangenen, durch Selbstmord zu endigen. Zwölf von ihnen ver-
gifteten sich, zwei starben: Jwan Kalschunij — der Bruder der
Kalschunaja — und Bobuchow. Die übrigen wurden gerettet.
Viele Männer und Frauen sind noch in Lebensgefahr. Die
Männer haben sich anscheinend zu etwas noch schrecklicherem ent-
schlossen — sie sagten, daß das eben Beschriebene nur das Ende
des Anfangs sei — wie wird erst das Ende selbst sein! So
weit der Brief, dessen Inhalt leider den früheren Berichten über
Mißhandlungen sogenannter politischer Verbrecher in Sibirien
nur zu ähnlich ist. Die russische Regierung schweigt; sie versucht
nicht einmal, die Berichte über die Greuel als unbegründet oder
als übertrieben darzustellen, und auch von einer Milderung in
der Behandlung der politischen Verbrecher hört man nichts. Die
höchste Zeit ist es, daß ein Vigilanzkomitee, wie es in London
geplant ist, thätkräftig diese Schandthaten an die Oeffentlichkeit
zieht, und dann die Presse der zivilisirten Länder diesen Ent-
hüllungen die möglichste Verbreitung giebt, um Licht in diese
zarischen Barbarenhöhlen dringen zu lassen.

Balkanländer.

Sofia, 25. August. Der wegen der Affäre Panija ver-
urtheilte russische Unterthan Kalublow wurde heute nach der
Grenzstation Rustafapasha eskortirt und daselbst dem Kavassen
des russischen Konsulates in Adrianopel zur Weiterbeförderung
nach Konstantinopel übergeben. — Die bulgarische Regierung fand
bei Prüfung der russischen Forderungen für Waffen und Munitions-
lieferung eine Differenz von 100 000 Rubel, wovon sie dem
Bewerber des deutschen Generalkonsulats v. Wangenheim ver-
ständigte.

Amerika.

New-York, 25. August. In einer Konferenz der
Delegirten des Verbandes Eisenbahn-Bediensteter, in welcher
etwa 60 000 Arbeiter vertreten waren, welche in dem Ge-
biete von Ober-Indiana auffsäßig sind, wurde nach längerer
Debatte beschloffen, der Forderung der Knights of Labour,
in dem ganzen Eisenbahnnetze der New-York Central-Bahn
einen allgemeinen Streik zu proklamiren, weil diese jüngst
sechs den Knights of Labour angehörende Bedienstete entlassen
hatte, nicht Folge zu leisten. Die Versammlung sandte in-
dessen an den Führer der Knights of Labour ein schmeichel-
haftes Schreiben.

Australien.

Sydney, 25. August. In Verbindung mit dem
Ausstande nimmt die allgemeine Aufregung zu, weil die
Schiffseigner Nichtunionisten zum Kohlenladen aufgenommen
haben, und diejenigen Arbeiter, welche bisher die Kohlen
bedienten, sich ebenfalls dem Ausstande angeschlossen. Es gilt
für wahrscheinlich, daß die Bergleute gleichfalls die Arbeit
einstellen werden.

Aus Brisbane wird gemeldet, daß die Unionisten heute
Reisende auf dem Landungsquai an der Einseifung hin-
derten. Es entspann sich ein Handgemenge, bei welchem
mehrere Personen verwundet wurden.

Soziale Uebersicht.

Saalfeld, im August 1890. Folgender Aufruf geht uns zu:
Kollegen und Genossen! Wieder hat die Profitwuth der
Fabrikanten eine ihrer herrlichsten Blüthen getrieben. Diesmal
sind es wir Drahtweber von Saalfeld, denen die unerfällliche
Gahsucht der Prinzipale einen Lohnabzug von 20 pCt. zumuthet.
Der die Lohnverhältnisse Thüringens auch nur theilweise kennt,
wird wissen, daß es uns unmöglich ist, dieser wahrhaft un-
erschämten Forderung nachzugeben. Wir haben uns trotzdem ent-
schlossen, etwas von Preise herabzulassen, wir haben auch die
Hilfe des Fabrikinspektors, sowie des hiesigen Oberbürgermeisters
(in seiner Eigenschaft als Schiedsrichter bei gewerblichen Streitig-
keiten) in Anspruch genommen, jedoch scheiterte auch deren Be-
mühung, eine Verständigung herbei zu führen, an der Hartnäckig-
keit der Herren Prinzipale. Wir sehen uns also gezwungen,
unsern Abwehrstreik bis zu Ende zu führen und bitten hier-
durch unsere Kollegen und Genossen, uns in unserem gerechten
Kampfe thätkräftig unterstützen zu wollen. Die Zahl der
Streikenden beträgt 90 Mann (darunter ca. 60 Familien-
väter mit zusammen ungefähr 160 Kindern). Von dem Gelingen
unseres Streiks hängt überdies die Existenz der gesamten ge-
werkschaftlichen Organisation am Orte ab. Aus beiliegendem
Inserat der einzigen Drahtwebererei am Orte, in der ein Abzug
stattgefunden hat, wird selbst dem Befangenen klar werden wie
gerecht unsere Forderung: „Beibehaltung der alten
Arbeitslöhne“ ist. Zugug ist strengstens fernzuhalten! Mit
kollegialischem Gruß: Die streikenden Drahtweber Saalfelds.
Briefe und Sendungen sind zu richten an Karl Moot, Draht-
weber, Alter Markt-Gasse, Saalfeld a/S.

Das in dem Aufruf erwähnte Inserat hat folgenden
Wortlaut:

Zur Aufklärung.

Um der hierorts in Scene gefehnten Verdrehung der Thatsachen
entgegen zu treten, welche dem nunmehr erfolgten Ausstande der Ar-
beiter der hiesigen Drahtwebervereine vorangegangen, bestätigen wir
zwar zunächst: 1) daß in unserer Fabrik zum Theil niedrigere Arbeits-
löhne bestehen, als in den Konkurrenzfabriken; — 2) daß trotzdem unser
Personal auf einen um mindestens 5 W. höheren Wochendurch-
schnittslohn bei gewöhnlicher Arbeitszeit kommt, als die Arbeiter
in den Fabriken unserer Konkurrenz. Wenn ungeachtet dieser
letzteren Thatsache es versucht wurde, unser Personal aufzuwiegen,
um einen Ausstand in unserer Fabrik herbeizuführen, so scheiterte
dieser Versuch zwar an dem gesunden Sinne unserer Arbeiter,
doch ist ein solcher Versuch schon an sich so schmachvoll, daß wie
glauben, nicht nöthig zu haben, ihn an dieser Stelle mit dem
richtigen Namen zu bezeichnen.
Die in den übrigen Fabriken inzwischen erfolgte Lohnherab-
setzung stehen wir nicht an, als eine triviale Beunruhigung der
Arbeiter zu bezeichnen, die zu unserem großen Bedauern auch für
unsere Arbeiter nachtheilige Folgen haben dürfte. Es würde den
besten Arbeitgebern besser angefallen haben, vor einer Lohnherab-
setzung erst ihre alte, der Jetztzeit durchaus unangemessene Fabrik-
einrichtung umzugestalten, als die Arbeiter durch ungerechte Lohn-
fällungen zu erbittern.
Saalfeld a/S., 21. August 1890. Sch. Paschold u. Doeger.

Theater.
 Mittwoch, den 27. August.
Leistung-Theater. Ein Volksfest.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
 Die Puppenfee. Vorher: Das Pensionat.
Wallner-Theater. Mansell Nilotouche.
Viktoria-Theater. Die Million, oder: Vivat Imperator.
Adolph Ernst-Theater. Der Goldfisch.
Sellealliance-Theater. Der Dorfteufel.
Froll's Theater. Margarethe.
Ostend-Theater. Der arme Jonathän.

Englischer Garten.
 Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
 Auftreten der Chansonnette Fräulein Ehrenfeld.
 Auftreten der Kostüm-Soubrette Fräulein Rosa Valerio.
 Auftreten des Gesangs-Humoristen Herrn Ziegler.
 Auftreten des Malabaristen und Equilibristen Mr. Charles.
 Auftreten des Professors Herrn Joan Clormont mit seinen dressirten Schweinen, Esel und Gänzen.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.
 Der Garten ist an Vereine f. Sommerfestlichkeiten u. Spezialitäten-Vorstellung zu vergeben.

Stabljement Buggenhagen am Moritzplatz.
 Täglich:
Grosses Garten-Concert.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pf., Sonn- und Festtags 25 Pf.
 Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausflucht von Pagenhofers Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
 641 F. Müller.

Passage I Cr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab. Kaiser-Panorama.
 Hervorrag. Sehenswürdig. d. Residenz. Diese Woche: IV. Cycl. Hochinteressant:
Erinnerungen v. Feldzug 1870/71.
 Zum 1. Mal:
Zweite Reise durch Belgien.
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnement 1 M.

Victoria-Park.
 Blicherstr. 31. Caisengasse.
 Jeden Sonntag: Großes Concert und Spezialitäten-Vorstellung.
Sgr. Nicolini auf dem 50 Fuss hohen Drahtseil.
 Mittwochs: Kinder-Freudenfest. Volkshelmsungen jeder Art. Familien können Kaffee kochen. Kaffeetische von 3 Uhr ab geöffnet! Um gütigen Besuch bittet
 218 F. Sienstock.

Rheinländischer Tunnel.
 gen.: „Die ideale Bagelkiste“, Berlin N., Caisengasse 73, gegenüber der Bergstraße.
 Im Lokal photographisches Atelier zur Benutzung. — Jeder Gast, auch wenn derselbe nur für 10 Pfennige verkehrt, wird **gratis photographirt** und erhält sein Bild sofort als Gratispräsent. Höchst scharfhaft!
H. Schultze (mit n. B.)
 Einige Keller-Photographie der Welt. 1135

Achtung!
 Unterzeichneter empfiehlt den geehrten Parteigenossen seine selbstgefertigten **Zugharmonikas**, pro Stück von 3-30 M.; außerdem empfehle alle ins Musikkunst einschlagende Artikel als Geigen, Fithern, Mundharmonikas u. s. w. nur in guter Waare. 2153
 Bei Bedarf obiger Artikel bitte die geehrten Parteigenossen mich unterstützen zu wollen.
 Händler erhalten Rabatt. Versandt franko gegen Nachnahme.
 Achtungsvoll
K. R. Glass,
 Accordeonfabrik,
 Brunnstraße bei Klingenthal.

Eisenwaaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräthe
E. Vogtherr, Berlin C., Landsbergerstr. 61, am Alexanderpl. (Sonntags geschlossen.)
 Das gr. Lager Berlins
Sinderwagen. Andreasstr. 23, S. P.

Neue Welt. Bergschlossbrauerei, Hasenhaide.
 Heute, Mittwoch: 583
Letztes Kinderfest mit Gratisverloosung.
 Von 4 Uhr Nachmittags ab:
Concert und Specialitäten-Vorstellung.
 Puppentheater. Bonbonregen. Stangenklettern. Wettrennen. Fackelzug. die eine Mähe, ein Geschenk 10 Pf.
Entree 15 Pf. Kinder, und ein Freilos erhalten.
Donnerstag: Letztes Monstre-Feuerwerk.

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhaide, Bergmannstraße-Str.
 Heute, Mittwoch, den 27. August 1890: 584
Großes Ernte-Dankfest nach ländlicher Sitte, mit großem Festzuge, **Gratis-Verloosung etc.**
Grosses Militär-Concert Im großen Saale:
 von d. Kapelle d. Berl. Schützengilde, Musikdir. Dr. Troschwitz.
 Marionetten-Theater. Volksbelustig. Ab. Fackelzug u. beng. Fel. **Ball.**
 Anf. d. Conc. 4 Uhr. Entree 15 Pf., vorh. 10 Pf. Kinderbill. nur an d. Kasse.
 Sonntag, 31. Aug.: Vorfeier d. Sedantages, Gr. patriot. Volksfest. A. Froelich.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren, reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt **Franz Tutzauer,** S.-O., Köpenickerstr. 25, nahe d. Köpnicer Brücke.
 Genossen empfehle mein Gutgeschäft. Führe nur Güte mit Arbeiter-Kontrollmarken deutscher Gutmacher. — Bitte genau auf Firma zu achten: Köpenickerstraße 126.
 331

Adolph Kehr.
Echter Langensalzaer Kautabak, hergestellt nur aus besten Kentucky-Tabak; zu haben in den meisten Tabak-Handlungen Berlins und umliegenden Plätzen.
 Unsere Hauptniederlage Stralauerstrasse 39 giebt zu Fabrikpreisen ab.
Gehr. Adler, Tabakfabrik, Langensalza i. Thür.
 NB. Jede Rolle muß den Zettel mit unserer Firma enthalten.
 805

3. Volksbuchhandlung!!
 von **93. Gräfestraße 93. C. Röhlke, Ede Kottbuser Brücke**
 empfiehlt sich den Freunden und Genossen im Süden zur pünktlichen Lieferung sämtlicher Arbeiter- u. Zeitschriften, sowie Volksblatt u. Volks-Erbine.
 Auch wird jede Buchbinder-Arbeit angefertigt. 405
 Bei größeren Werken **Theilzahlungen** ohne Aufschlag gestattet.

Sieben erschien:
Heft II.
Dr. W. Zimmermann's
Großer Deutscher Bauernkrieg.
 Illustrierte Volksausgabe.
 Herausgegeben von **Wilhelm Bloß.**
 Preis pro Heft 20 Pfennig.
 Zu beziehen durch die Expedition, Beuthstraße 3. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl.**
 Garantiert sicher brennende **Tabake.**
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind aus 1893 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Lade'schen Markt.

Artistisch-Photographisches Atelier von **Carl Graefe,** Prinzenstr. 11, empfiehlt sich Vereinen u. Privaten zur Aufnahme von Gruppen u. Portraits. Bei Landpartien bitte Bestellung durch Postkarte. 1716

Jede Uhr zu repariren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens **1,50 Mark.**
 Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen. 1200
Gust. Bleut, Rosenthalerstr. 10. (a. d. Auguststr.)

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren. eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn, Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Billigste Bezugsquelle für **Cigarren,** 100 Stück von 2 M. 50 Pf. an.
J. Schumann, Versandgeschäft.
 Berlin SW, Kochstraße 33/34. 293

Jede Uhr zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erlaublich billigen Preisen. 159
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher, Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, Alte Schönhauserstr. 25.

Wichtig für den Nord-Bezirk.
 Chausseestr. 83, gegenüber d. Liefenstr. Beste u. billigste Bezugsquelle für **Schuhwaaren jed. Art.** Handarbeit. Gr. Reparaturwerkstatt. **Keine Inwendwaare.**
Otto Fäse, Schuhmachermeister.

Nur 1 Mark.
 Mägen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. Pollak, Alexanderstr. 89, 2 Tr. rechts. 509
Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanischer Tabak. Nippentabak 2 Bld. 60 Pf. 234
H. F. Pinslage, Kottbuserstraße 4, Hof part.

Nur 1 Mark kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt. 1163
Otto Eleser, Uhrmacher (Hochmann), Mannsstr. 15, Ede Mariannenstr.

Restorhandlung. Billige Messer zu Einsegnungs-Anzügen werden auf gleich angefertigt oder zugeschnitten. 499
Paris, Waldemarstr. 60.
Dr. Hoosch, homöopath. Arzt, Villenstraße 27. 105
 8-10, 5-7 Uhr, Sonntags nur v. 8-10.

Grosse Lassalle-Feier
 arrangirt vom **Arbeiterbildungs-Verein Weissensee's u. Umg.**
 Sonnabend, den 30. August, in **Dewein's Gesellschaftshaus.** Anfang 7 Uhr.
 Die Festrede hält der Schuhmachermeister **Th. Metzner** und ist das Programm ein reichhaltiges. Hierzu laden die Berliner Genossen freundlichst ein.
Die Genossen Weissensee's.
 NB. Billets à 25 Pf. sind dort in allen mit Plakaten belegten Geschäften und an der Kasse zu haben.

Großer Wald-Ausflug
 nach **Hohen-Neuendorf** an der Nordbahn zum Genossen **Schmohl** zur **Lassalle-Feier** am Sonntag, den **31. August,** arrangirt vom Gesangsverein „**Weisse Rose**“, vom Stettiner Bahnhof (Nordbahn) Mittags 12 Uhr. Hiermit werden Genossen und Genossen eingeladen, sich recht zahlreich zu betheiligen. Nachzügler werden vom Bahnhof Hohen-Neuendorf abgeholt. J. A.: **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
 Der **Fachverein der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter** Berlins und Umgegend feiert am **Sonnabend, den 30. August,** in der **Brauerei Friedrichshagen** sein diesjähriges

Sommerfest, verbunden mit **Ball und Concert,** unter Mitwirkung des **Gesangsvereins Frohsinn.** Die Musik wird ausgeführt von einem stark besetzten Orchester. Bei ungünstigem Wetter findet das Concert im großen Saale statt. Bei tretender Dunkelheit **große Fackel-Volontäre.** Zur Bequemlichkeit der Damen wird Kaffee verabreicht, à Portion 20 Pf. (2 Tassen). Hierzu werden Freunde und Gönner ergebenst eingeladen. Billets sind bei folgenden Herren zu haben: **Wihl. Stropp,** Altonaerstraße 14; **Otto Zimmermann,** Prinzenstr. 88; **Wihl. Friederichs,** Müllerstr. 8; **Eduard Megow,** Bergstr. 22; **August Thrun,** Goldschmidtstr. 12; **Hermann Rönneburg,** Chausseestr. 24; **Hugo Pielisch,** Franzstr. 18.

VIII. Stiftungsfest des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen am **Sonnabend, den 13. September 1890,** im **Etablissement Buggenhagen.**
Theater-Vorstellung, Concert und Ball.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.
 NB. Unterzeichneter ersucht alle Kollegen, welche noch überflüssige Billets im Besitz haben, dieselben Mittwoch Abend oder Sonntag Vormittag während der Bibliothekszeit **Naumystraße 78** bei **Winger** oder **Wagner** in der **Naumystraße 12, 3 Tr. r.,** zurückzugeben.
 J. A.: **J. Meyer.**

Freie Vereinigung der Lohgerber u. Lederjurichter Berlins.
 Wegen der am Sonntag, den 31. August ex., stattfindenden Herrenpartie fällt der Jahrtag für die Vereinigung am Sonntag aus. Die Vereinsbeiträge werden am Donnerstag (Versammlungsabend) erhoben. Näheres über die Herrenpartie am Donnerstag.
Der Vorstand.

Verband deutscher Mechaniker u. verwand. Berufsg.
 Jahrtage Berlin.
 Sonntag, den 31. August:
Herrenpartie nach **Lehnitzsee.**
 Treffpunkt Morgens 7 Uhr am Stettiner Bahnhof. 581
 Um zahlreiche Betheiligung der Mitglieder wird ersucht.
 Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Tüll-Gardinen, Fenster 2, 3, 5, 8 M. Stores 1 M. Fabrikverkauf **Zimmerstr. Nr. 86, Hof part.** 85

Wohnungen Bückerstr. Nr. 2.
 Ein gut erhaltener **Binderwagen** und ein **Sopha** ist zu verkaufen 586
 Stalikerstr. 117, v. 3 Tr.
 C. vollst. trock. Naum, ca. 15-20 qm. im Potsd. Viertel wird z. mieten ges. Off. u. Preisang. a. **O. Norre,** Eulmstr. 14.
 Stalikerstr. 129, Quergeb. part., bei **Ewe. Gebhardt** frdl. möbl. Zimmer mit Gartenansicht und separatem Eingang. Preis 8 M., zu vermieten. 580

Arbeitsmarkt.
 Tüchtige **Schlosser** und selbstständige **Vorarbeiter** für Eisen- u. Metallkonstruktion finden bei gutem Lohn dauernd Beschäft. bei **E. do la Sance** und **Klos,** Uferomstr. (Verl. Lagerhof).
Schmiede und Schlosser, welche **Lowries** gearbeitet haben, werden gesucht. Schriftliche Angebote werden unter **F. M. 1446** Postamt 66 erbeten. 578
 Schneider a. L. u. West. in u. auf d. Hause verl. **C. Schröder,** Höchstestr. 21.

Todes-Anzeige.
 Den Genossen die traurige Nachricht, dass unser Genosse **Wilhelm Ganschow,** der wegen **Wahlkreis** hinfällig wurde, am **24. d. Mts.** im Alter von **36 Jahren** nach einem langwierigen Leiden im **Städt. Krankenhaus** zu **Berlin** verschieden ist. Die Beerdigung findet am **27. d. Mts.** um **10 Uhr** nach dem **St. Nikolai-Kirchhof** zu **Berlin** statt.
 Die Genossen aus dem **Städt. Wahlkreis.**

Dank.
 Allen Gewerkschaften und Genossen, welche zur Beerdigung unseres verunglückten Kollegen **Ernst Seidel** (München) (Brauerei) Kränze auf sein Grab niedergelegt, sowie ihm die letzte Ehre durch Begleitung erwiesen haben, unseren herzlichsten Dank.
Frauer-Verein Provinz Brandenburg.
 Der Vorstand.

Allen meinen Freunden theile ich mit, dass ich mein **Wid. u. Patriarchen** Total von **Memelerstr. 82** nach **Chausseestr. 37, S.,** verlegt habe. **Schmidt**
 Ich fordere Herrn **Kohlhagen** Mariannenstraße, auf, seine **Wid. u. Patriarchen** bei den **Wahlkreisen** zu **Berlin** zu **verleihen**.
E. Jaeger.

Herren über 20 Jahre, die älteren Männer-Gesangsverein beizutreten wollen, können sich **Mittwochs** um **9 Uhr** **Langestraße 53** bei **Bährwald** melden.
 Schläft. von **Lange, Reichenbergerstr.**
 C. möbl. Schlafst. f. 2 P. zu vermieten bei **Schulz, Friedrichsbergstr. 24.**

Sieben erschien
Der wahre Jacob
Nr. 107.
 Zu beziehen durch die Expedition, Beuthstraße 8.

Lokales.

Der neueste Versuch zur Lösung der sozialen Frage, der diese im eigentlichen Sinne des Wortes als „Magenfrage“ aufzufassen scheint, wird gegenwärtig von einem Gesichtspunkte aus unternommen, der bei Zeiten ins Auge gefaßt zu werden verdient. Wir hatten gestern, in unserer Nummer 197, die Ermittlungsergebnisse des sächsischen Arztes Dr. v. Nechenberg mitgeteilt über die mangelhafte Ernährung der Zittauer Handwerker. Dr. v. N. stellt fest, daß diese Ernährung eine ungenügende sei. Damit würde er nun kaum etwas Neues gesagt haben, denn daß die Zittauer Weber sich langsam zu Tode hungern, war für diejenigen, welche jene Gegend genauer kennen, längst kein Geheimnis mehr, daß die Ermittlungen, welche Dr. v. N. vorgenommen hat, in das Gewand strenger Wissenschaftlichkeit gekleidet sind, darf den mit ruhigem Blicke beobachtenden Laien nicht irre machen. Wenn Dr. v. N. ausrechnet, wieviel Kalorien (Wärme-Einheiten) der Körper bei dieser oder jener Arbeit einbüßt, so ist das sehr schön und ebenso schön ist die Rechnung, wieviel Kalorien dieses oder jenes Nahrungsmittel dem Körper zuführt. Bedenklicher ist es schon, die Nahrungsmittel nach ihrem Marktwerte zu berechnen und dann die billigen als zur Nahrung für den Arbeiter geeignet zu betrachten. Es kommt da ein Faktor in Betracht, mit dem der Herr Dr. v. N. nur so ganz nebensächlich rechnet, nämlich der Geschmack des Einzelnen. Dr. v. N. führt nun zwar ganz allgemein an, daß auch die Zittauer Weber durch den Aufenthalt in ungesunden Werkstätten den Appetit einbüßen, er untersucht aber nicht, wie theuer eine bessere, diesen verloren gegangenen Appetit wieder anwendende Kost sein würde. Die ausgezeichneten Preise für Ernährung und notwendigen Unterhalt sind jedenfalls in der Weise ermittelt worden, daß nur ganz geringwertige Nahrungsmittel dem Preise nach berechnet wurden, denn sonst konnte Dr. v. N. nicht zu dem Ergebnis kommen, daß eine Familie mit drei Kindern im Alter von zusammen 22 Jahren in einer Großstadt mit einem Jahreseinkommen von 900 M. auskömmlich leben könnten, ohne daß die Frau ihrem Beruf als Hausfrau entzogen würde. Unsere Berliner Frauen würden dem Dr. v. N. den größten Lorbeerkränzen stiften, wenn er hier einmal ein Jahr lang in einer Familie mit drei Kindern, von beispielsweise neun, sieben und fünf Jahren wirthschaften und diese Wirthschaft mit 900 M. so führen wollte, daß die Kinder anständig in Kleidung und Ernährung gehalten werden, so daß sie nicht aus der Schule wegen mangelhafter Kleidung fortgewiesen werden. Von den Lumpigen 800 Thalern, die Dr. v. N. als Jahreseinkommen für eine solche Familie ausreichend hält, gehen allein 80 bis 100 Pct. für Miete weg; soll der Rest zur Bekleidung oder zur Ernährung verwendet werden? In beiden Fällen ist es ganz gewiß nicht. Man sieht aber, was bei solchen, mit amtlicher Unterfertigung vorgenommenen Untersuchungen herauskommt. Allerdings muß ein Moment der von Nechenberg'schen Anschauungen schärfer ins Auge gefaßt werden: Er hält die Fleischnahrung für luxuriös. Das ist ein für die Lösung der Arbeiterfrage neuer Gesichtspunkt. Die Anhänger der rein pflanzlichen Ernährung, die Vegetarianer, sind zwar keine neue Erscheinung, aber wenn Dr. v. N. meint, daß der Fleischgenuss im Haushalte des Arbeiters nur soweit gestattet sei, als andere dringendere Lebensbedürfnisse nicht darunter leiden, so ist das garnichts anderes, als die Forderung: Der Arbeiter hat sich des Fleischgenusses zu enthalten, er hat als Vegetarianer zu leben. Nun, ob unsere biederen Agrarier und darunter besonders die Viehzüchter, dem Dr. v. N. besonders dankbar sein würden, wenn auch nur ein beträchtlicher Theil der Arbeiter sich einmal ernstlich dem Fleischgenusse abweisen würde, das ist doch mindestens stark zu bezweifeln. Aber diese Heranziehung des Vegetarianismus zur Lösung der Arbeiterfrage von einem Arzt, der unter amtlicher Unterfertigung der sächsischen Staatsbehörden seine Ermittlungen anstellt, giebt zu denken. Daß so etwas in Sachsen vorkommt, macht die Sache einigermaßen erklärlich. Noch hat bis heute kein Gefängnisarzt gewagt, in dieser Weise gegen die Fleischnahrung aufzutreten und diese Kerle haben doch wohl die beste Gelegenheit, die Wirkung dieser Ernährungsweise zu beobachten; die Gefängnisärzte verlangen fortgesetzt Verbesserung der Gefangenenkost. Auch in anderen Anstalten ist gerade in letzterer Zeit die Fleischkost vermehrt und diese Vermehrung hat gute Resultate gehabt, auch ohne daß man gerade die Wärme-Einheiten der Arbeitsabnutzung und Nahrungszuführung vorher berechnet hat. Vielleicht hat Herr Dr. v. N. einmal die Güte, sich an die Verwaltung des sächsischen Waisenhauses in Rummelsburg zu wenden, wo man ihm ziffermäßig den Nachweis führen wird, um wieviel sich der Gesundheitszustand der dort ernährten Kinder nach Verbesserung gerade der Fleischkost gehoben hat. Das einzige Zutreffende in der v. N.'schen Schrift ist die Anekdote, daß die Zwickauer Handwerker trotz völliger Sättigung nur mangelhaft ernährt sind; was in den v. N.'schen Untersuchungen darüber hinaus enthalten ist, das ist politisch und sozial von Uebel, denn es wird von einer ganz einseitigen politischen Willensrichtung beeinflusst, nämlich dem Vegetarianismus zur Lösung der Arbeiterfrage herangezogen. Damit wird aber weder Herr Dr. Karl von Nechenberg, noch die Königlich Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften, noch die Amtshauptmannschaft in Zittau, welche beiden Behörden ihn unterläßt haben, besonderes Glück haben. Wollen alle diese gehen und gelehrten Herren aus Sachsen sich hinsetzt nur mit Pflanzenkost füttern, nun, wir wünschen ihnen guten Appetit und bei den Anstrengungen ihres amtlichen Berufes wird diese Kost vielleicht ausreichen, nicht aber für den Industrie-Arbeiter, der — wenn auch in Sachsen — für den Weltmarkt arbeitet.

Recht unerquidliche Grenzen ereigneten sich am Montag Abend am Friedrichshain, während die große Versammlung im Saale der Brauerei „Friedrichshain“ tagte. Vor dem Lokal hatte sich eine nach vielen tausenden zählende Volksmenge eingefunden, der es nicht mehr verstand war, Zutritt in den Saal zu erhalten, weil bereits vor 6 Uhr die Eingangsthür geschlossen worden war. Jedoch hatte sich unter den draußen Harrenden die Nachricht verbreitet, daß im Saale noch Platz für viele Hunderte vorhanden sei. In der Dämmerung noch eingelassen zu werden, hatten sich auf der zum Haupteingang führenden Treppe ungefähr 200 Personen angehäuft, die geduldig auf das Öffnen des Thores warteten. Plötzlich, es war gegen 1/7 Uhr, erschienen eine Reihe Schulente auf der obersten Treppentstufe, um die auf der Treppe stehende Menge zurückzubringen. Im selben Moment sprengten sechs bewilligte Polizisten ohne irgend einen warnenden Ruf auf die Personen los, welche im Begriffe waren, die Treppe zu räumen. Dadurch entstand ein unbeschreibliches Durcheinander. Als ein Wunder muß es betrachtet werden, daß bei diesem Manöver verhältnismäßig wenig Personen verletzt worden sind. Infolge dieses Austrittes begann die bisher friedliche Stimmung des Publikums gegen die Polizei

in eine immer mehr erbitterte umzuschlagen. Noch erregter wurde das Publikum, als die Polizei ohne irgend welchen erkennbaren Grund auf die Räumung des großen Gartens drang. Nach und nach beruhigten sich die Massen wieder; als aber um 1/10 Uhr die zahlreich erschienenen Polizisten nochmals begannen die Straßen zu säubern, begann die Menge durch laute Rufe ihren Unwillen auszudrücken. Plötzlich — wie auf Kommando — zogen die Polizisten blank und begannen loszuhaben. Ein ungefähr 15 Jahr alter Knabe wurde am Arm schwer verwundet. In den Gängen selbst folgten die Polizisten der flüchtenden Menge. Ein Schuhmann schlug dort einen Herrn nieder, der am Arme einer Dame ging. Natürlich wehrte sich die bedrängte, waffenlose Menge, so gut sie konnte. Steine und Zigarren wurden gegen die Angreifer geschleudert. Als sich die Nachricht verbreitete, daß ein Lieutenant einen Mann erstochen habe und viele Personen schwer verwundet seien, kamte die Wuth des Publikums keine Grenzen mehr. Von 6 Personen getragen, wurde ein anscheinend lebloser Mann den Polizisten mit den Worten vor die Füße gelegt: „Hier habt Ihr Euer Opfer!“ Doch die Schulente lehrten sich nicht daran, sondern drangen immer wieder auf's neue gegen die gereizten, jetzt erst recht nicht weichen wollenden Volksmengen vor. Endlich kam der Schluß der Versammlung, und nachdem das mit Spannung erwartete Resultat bekannt geworden war, lösten sich unter brausenden Hochs auf die Sozialdemokratie und Bebel die zahlreichen Gruppen auf.

Auch die sämtlichen am Friedrichshain gelegenen Gasthäuser waren stark besucht. Dort wurde in ersten Gesprächen die Frage Bebel, Wille, Baginski eingehend erörtert, und die Maßnahmen der Polizei auf das Herbeigekleidet. Es wurde besonders hervorgehoben, daß es genügt hätte, wenn ein einziger bekannter Parteigenosse erklärt hätte, daß der Saal überfüllt sei und jedermann hätte sich damit zu frieden gegeben.

Am vergangenen Sonntag hatte sich eine ungeheure Menschenmenge um das Grab Hasenclever versammelt. Nicht ein einziger Polizist führte und ohne den geringsten Mißton wurde die feierliche Denkmalsentheilung beendet. — Das giebt zu denken.

Eine unerhörte Behandlung mußten sich gestern die Frau des Medaltens Baale, Helene Baale und Fräulein Margarethe Leuschner von der Polizei, die vor der Brauerei „Friedrichshain“ in Thätigkeit war, gefallen lassen. Frau Helene Baale hatte mit ihrem Manne die Verabredung getroffen, ihn im Garten der Brauerei Friedrichshain nach Schluß der Versammlung zu erwarten. Kaum war Frau Baale, in deren Begleitung sich Fräulein Margarethe Leuschner befand, am Hain vor der Brauerei angekommen, als sie von einem Schuhmann aufgefordert wurde, weiter zu gehen. Infolge dessen setzten die Damen ihren Weg fort, wurden jedoch alsbald von einem Polizeileutnant mit den Worten bedacht: „Sind Sie nicht schon mal hier fortgewiesen worden? Auf die Frage der Frau Baale: „Was heißt denn das, fortgewiesen?“ rief der Leutnant barsch: „Na, gehen Sie nur weiter!“ Nach einer Viertelstunde kehrten die beiden Damen zurück. Sofort als sie von dem Leutnant erblickt wurden, rief derselbe: „Nanu, Sie sind schon wieder da! Schuhmann, arrelieren Sie mal die beiden Frauenpersonen wegen Nichtbefolgung von Polizeimaßregeln!“ Die beiden „Nichtbefolger von Polizeimaßregeln“ wurden nun in einen fensterlosen, von einer Gasflamme erhellen Kellerraum des Brauereigebäudes geführt, der sonst für den Brauereiwächter bestimmt ist. In diesem provisorischen Gefängnis befanden sich bereits zwei Männer, die nach ungefähr 1/4 Stunden entlassen wurden. Frau Baale und deren Freundin mußten aber bis 2 Uhr Nachts — volle 4 1/2 Stunden — in dem Kellergelaß bleiben. Auf ihr wiederholt gestelltes Verlangen, auf das Polizeibureau gebracht zu werden, damit ihre Namen festgestellt werden könnten, erwiderte ein Schuhmann: „Da könnt Ihr noch lange warten!“ Das Schließamt war dem Brauereiwächter übertragen worden. Derselbe erlaubte fremden Personen, Männern und Frauen, die Gefangenen zu mustern. Selbstredend wurden die so an den Pranger gestellten Damen auf die gräßlichste Art durch gemeine Nebenarten verhöhnt und beleidigt. Infolge der schlechten Kellerräume waren die Verhafteten dem Unfinke nahe, als sie endlich nach Schluß der Versammlung mit zwei inzwischen festgenommenen Männern unter der starken Bedeckung von fünf Schulente nach dem in der Heinersdorferstraße gelegenen Polizeibureau transportiert wurden. Nachdem die beiden Damen dort ihre Namen genannt, wurden sie sofort entlassen. — Gegen den Polizeileutnant, der die Verhaftung bewirkt, wird Beschwerde beim Polizeipräsidenten erhoben. Gleichzeitig werden der Staatsanwaltschaft die Vorgänge mitgeteilt werden.

Eine Prämie von drei Mark erhält Jeder, welcher zuerst ein Feuer meldet, falls derselbe nicht selbst vom Feuer betroffen ist, oder zu dem Hausstande bezw. den nächsten Angehörigen des vom Feuer Betroffenen gehört. Erfolgt die Feuermeldung auf einem Polizeirevier oder einer Feuerwache, so erhält der Meldende hierüber gleich eine Legitimationskarte dafelbst ausgefertigt. Wird ein Feuer dagegen durch einen öffentlichen oder privaten Feuermelder oder durch Telephon gemeldet, so muß der Meldende die Ankunft der Feuerwehr an dem Ort, von wo die Meldung erlangt ist, erwarten, um die Legitimationskarte über die erfolgte Meldung in Empfang zu nehmen. Die Meldprämie kann unter Nachgabe der Legitimationskarte gegen Quittung auf jeder Feuerwache erhoben werden; wird dieselbe nicht innerhalb acht Tagen in Empfang genommen, so geht das Anrecht auf Zahlung verloren. **Vielach wird angenommen, daß nur die minderjährigen Diensthaken** zur Annahme eines Dienstes, beziehungsweise zur Ausfertigung eines Dienstbuchs, der väterlichen Genehmigung bedürfen. Diese Auffassung widerspricht dem Wortlaut des hier in Betracht kommenden § 6 der Gesindeordnung, wonach Kinder, die unter väterlicher Gewalt stehen, ohne Einwilligung des Vaters sich nicht vermietten dürfen. Die Aufhebung der väterlichen Gewalt ist für Söhne und Töchter in Abschnitt 4, Theil 2, des Allgemeinen Landrechts geregelt. Ertheilt ein Vater seinem großjährigen Sohne allgemein und nicht für eine bestimmte Zeit oder für einen bestimmten Fall die Erlaub-

niss zur Vermietung als Gesinde, so tritt dadurch der Sohn aus der väterlichen Gewalt. Bei großjährigen Töchtern dagegen ist dies nicht der Fall, denn diese treten aus der väterlichen Gewalt nur durch ausdrückliche Entlassung oder durch Heirath.

Der Müggelsee hat am Montag schon wieder einmal ein Opfer gefordert. Der 20 jährige Gärtner eines Fabrikanten und Villenbesizers in Friedrichshagen, Friedrich Schröder mit Namen, ging am Montag früh gegen 7 Uhr mit einem 16 jährigen Verwandten seines Chefs baden. Schröder konnte nicht schwimmen, obwohl er sehr häufig badete, weshalb er sich stets in angemessener Nähe des Ufers hielt. Diesmal aber muß er wohl in eine nahe am Ufer gelegenen Untiefe gerathen sein, denn plötzlich war er vor den Augen seines Genossen verschwunden, ohne auch nur einen Laut von sich gegeben zu haben. Der Begleiter, der auch nur wenig schwimmen kann, versuchte zwar, sich der Stelle zu nähern, wo Schröder verschwunden war, er mußte aber mangels der Kräfte und Uebung halber den Rückzug antreten. Nach einer halben Stunde wurde die Leiche aus dem Wasser gezogen, ein bereits an Ort und Stelle befindlicher Arzt konnte aber nur noch den bereits eingetretenen Tod konstatiren.

Ein fürchtbares Unglück ereignete sich gestern gegen 12 1/4 Uhr in einer Seifenfabrik im Hause Bernauerstraße 101. Eine gewaltige Detonation erschreckte um die angenehme Zeit die ganze benachbarte Umgebung. In dem bezeichneten Geschäft hatte eine Kesselexplosion stattgefunden. Die Stücke des Kessels flogen durch den ganzen Fabrikräum. Eine Arbeiterin wurde durch ein Eisenstück derartig verletzt, daß der sofortige Tod eintrat. Ein Arbeiter verlor durch Verbrühen sein Leben. Kaum hatte man unter der leicht begreiflichen Panik die Leichen aus den dampf- und qualmerfüllten Räumen herausgeschafft, als auch die bei der Seifenfabrikation gebrauchten leicht entzündlichen Gegenstände Feuer fingen und helle Flammen zu den Fenstern herausströmten. Die Feuerwehr erschien zwar sofort, doch gelang es ihr erst nach längerem Anstrengen, des Feuers Herr zu werden.

Sein künftiges Gebiß verschluckt hat vorgestern Abend in einer hiesigen Brauerei ein junger Kaufmann beim Verzehren eines Butterbrodes. Das Gebiß setzte sich in der Speiseröhre fest, bald traten Erstickungserscheinungen, verbunden mit einem Ohnmachtsanfall, ein. Ein Arzt, der herbeigerufen wurde, stieß das Gebiß in den Magen hinab und befreite so den mit dem Tode Ringenden aus seiner gefährlichen Lage. Eine Operation wird an dem jungen Mann wohl vorgenommen werden müssen, doch ist hierüber noch nichts entschieden.

Polizeibericht. Am 25. d. M. Abends sprang eine unbekante, etwa 30 Jahre alte Frauenperson gegenüber dem Hause Waterloo-Ufer 18 in den Bandwägr-Kanal und ertrank. Die Leiche wurde nach dem Schauhause geschafft. — In derselben Zeit fand in der Gdlicherstr. 38 ein kleiner Brand statt.

Gerichts-Beitrag.

Eines beneidenswerthen, aber auch gefährlichen Schlafes erweist sich der Trödler Jacobus, welcher gestern als Zeuge gegen ein Einbrecherpaar, Otto Busse und Hermann Grundewart vor der I. Ferien-Strassammer hiesigen Landgerichts I vernommen wurde. Aus der Verhandlung war nämlich zu ersehen, daß Jacobus eines Nachts den Besuch von Einbrechern erhielt, welche mittelst Zertrümmerung der Scheibe in das Schlafzimmer, in welchem er schlief, eintraten, und dort nach Herzenslust aufräumten, ohne daß der schlafende auch nur das Geringste merkte. Erst beim Erwachen am nächsten Morgen wurde er gewahrt, daß die Scheibe entzwei und er um Gold- und Silbersachen im Werthe von 300 M. und um 100 M. an baarem Gelde bestohlen worden war. Der noch jugendliche Busse, welcher schon ein thatenreiches Verbrecherleben geführt hat, ist bei diesem frechen Einbruchdiebstahl zweifellos beteiligt gewesen, da er eine aus diesem Diebstahl herrührende Uhr verschenkt hat. — Er ist bald darauf in flagranti abgefaßt worden, als er einen von ihm erbrochenen Zigarrenladen ausplündern wollte. Bei dieser Gelegenheit hat auch der bisher völlig undescholtene und einer anständigen Familie angehörende Grundewart den ersten Schritt auf das Feld des Verbrechens gemacht: er hatte sich überreden lassen, mitzuhan und „Schmiere“ zu geben. Unter ganz gleichen Verhältnissen war einige Zeit vorher in einen anderen Zigarrenladen eingebrochen worden, wobei die Diebe glücklicher waren, da ihnen Werthsachen im Werthe von circa 300 M. in die Hände fielen. Auch hier führten die Spuren auf die beiden Angeklagten, denn Grundewart wurde im Besitze eines Spazierstockes befunden, welcher aus diesem Diebstahl herrührte. Das Gericht glaubte ihm aber, daß er den Stod von Busse geschenkt erhalten, ohne zu wissen, daß derselbe mittelst strafbarer Handlung erworben worden. Er wurde deshalb nur in einem Falle für schuldig befunden und zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt, während sein Verführer vom Gerichtshof auf 2 Jahre 3 Monate in's Zuchthaus geschickt wurde.

Als bedauernswerthes Opfer des Dreirades stellte sich gestern eine junge Dame, Frä. W., der V. Ferienstrassammer vor, um gegen den der schlaflosen Körperverletzung beschuldigten Schlosser Moritz Rucher Zeugniß abzulegen. Frä. W. kam mit einer anderen Dame aus dem Deutschen Theater und überschritt den Fahrweg der Schumannstraße. Als sie eben die Vordschwelle auf der linken Seite ersteigen wollte, wurde sie von dem vorschrittswidrig links und ohne lautes Warnungssignal einherfahrenden Dreirad des Angeklagten erfasst, zu Boden geworfen und erlitt einen Bruch der Kniegelenke, so daß sie ziemlich lange krank gewesen ist. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten, welcher als Beleuchter im Deutschen Theater angestellt ist und allabendlich mit dem Dreirad nach seiner Wohnung in Schöneberg fährt, trotzdem freigesprochen. Es glaubte dem Angeklagten, daß er vorschrittsmäßig gefahren habe und nur deshalb links gefahren sei, um einem Wagen auszuweichen, hielt es auch für wahrscheinlich, daß die Damen während des Ueberschreitens des Fahrweges sich sehr lebhaft unterhalten haben, ohne auf das Gefährt zu achten. Die Verurteilung kam zu einer anderen Beweiswürdigung und verurtheilte den Angeklagten wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 60 M. Geldbusse event. 10 Tagen Gefängnis.

Zu Inheppl der Todten da pflegt es still zu sein — auf dem Friedhofe der Sophiengemeinde in der Bergstraße war es aber an einem Novembertage sehr laut und dies hatte seinen Grund darin, daß man eine Gräberdiebin abgefaßt zu haben glaubte. An dem gedachten Tage begab sich eine Frau Dicko nach dem Sophienfriedhof, um daselbst das Grab ihres Kindes zu besuchen. Als sie in der Nähe der Grabstätte sich befand, bemerkte sie zu ihrem Erstaunen, daß eine ältere Frau soeben den dort angepflanzten Oleanderbaum ausgegraben hatte und sich darauf entfernen wollte. Sie hielt die Frau an und brachte sie zu dem Kirchhofinspektor Bernick, wo sie als eine Wäckerfrau Anna Stein festgestellt wurde. Sie behauptete hoch und heilig, daß sie unschuldig sei und hat, sie nicht unglücklich zu machen. Sie behauptete, daß sie mit einer Familie Strubel, welche vor längerer Zeit nach Amerika ausgewandert sei, früher

in einem Hause zusammengewohnt habe und nun durch Vermittlung einer Nachbarin der Strubels von letzteren aufgefordert worden sei, sich doch des Oleanerbaumes, welcher auf dem Grabe eines Strubelschen Kindes auf dem Sophienkirchhofe stehe, während des Winters anzunehmen. Sie will dann bei ihrer Kurzichtigkeit die Gräber verwandelt haben. — Das Schöffengericht hatte ihr diese Geschichte nicht geglaubt, weil sie weder einen Auftrag der Amerikaner nachweisen, noch auch nur Name und Wohnung der anglichen Nachbarin angeben konnte. Da außerdem die beiden fraglichen Gräber weit auseinander liegen, das Strubelsche Grab vollständig verfallen und ungepflegt, das Diebsche dagegen wohlgepflegt ist und der Name des heimgegangenen Kindes deutlich auf einem Leichenstein verzeichnet steht, so hielt das Schöffengericht die Angeklagte des Diebstahls überführt. Weil derselbe an einer so heiligen Stätte begangen worden, verurteilte das Schöffengericht die Angeklagte zu sechs Wochen Gefängnis. — In dem gestrigen Termine vor der Berufungskammer verurteilte die Angeklagte nochmals, mit einem ungläublichen Aufwand von Worten den Gerichtshof zu überzeugen, daß sie ein bauernswertes Opfer verhängnisvoller Irrthümer geworden, es gelang ihr dies aber nicht. Auch die Berufungskammer hielt den Diebstahl für erwiesen, ermäßigte die Strafe jedoch auf eine Woche Gefängnis.

Soziale Uebersicht.

Den Genossen zur Nachricht, daß der Ueberschuß der Tellerzahlung der am 7. August 1890 abgehaltenen drei Volksversammlungen direkt von den Einberufern, in Summa 88,42 M. nach Hamburg geschickt worden ist. Die Bestätigung wird man durch die Hamburger Abrechnung erfahren. Heinrich Klingenberg, Heimstr. 18.

Greiz, Alle Briefe und Sendungen, welche auf die ausgesperrten Greizer Weber Bezug haben, sind von jetzt ab zu richten an den Vertrauensmann der Textilarbeiter für Greiz und Umgegend Herr Franz Fenster in Greiz, Parkgasse 82.

Versammlungen.

Zur Taktik unserer Partei.

Ueber dieses Thema sprach am Montag Abend der Genosse Aug. Bebel in Saale der Brauerei „Friedrichshain“ vor einer öffentlichen Versammlung sämtlicher sozialdemokratischer Parteigenossen Berlins und Umgegend.

Der Zubrang zu dieser Versammlung war ein so gewaltiger, wie ihn Berlin wohl noch nie gesehen hat. Viele Arbeiter hatten nur bis Mittag gearbeitet, sehr viele bis um 8 Uhr. Die Pferdebahnhöfe, die zum Versammlungsort führten, wurden von 8 Uhr ab förmlich gestaut. Der Zubrang konnte kaum bewältigt werden. Und so hatten sich denn schon um 8 1/2 Uhr mehrere tausend Genossen vor dem verschlossenen Versammlungsort eingefunden, auf den Augenblick der Öffnung harrend. Als dies geschah, um 9 1/2 Uhr, war der Riesensaal im Kluge besetzt. Tische und Stühle wurden hinausgeschafft, um den Nachdrängenden, Einlass Begehrenden Raum zu schaffen. Trippweise wurden dann die draußen Stehenden zu verschiedenen Malen eingelassen. Um 10 1/2 Uhr wurde dann der Saal definitiv geschlossen. Etwa 4000 Genossen waren im Saale, Mann an Mann stehend. Draußen vor dem Lokale aber schwall die Menge von Minute zu Minute an. Mehrere Hundert berittene Schutzleute drängten die Massen, die wohl gegen 10 000 Köpfe zählte, vom Versammlungsort weg, um die Straße abzuräumen. (Ueber die Vorgänge hierbei berichten wir an anderer Stelle.)

Als gegen 8 Uhr August Bebel erschien, stürzten die Massen der Drohsche nach, in stürmische Hochs ausbrechend. Als er in den Saal trat und der Tribüne zuschritt, begleiteten ihn begeisterte, minutenlange Ovationen.

Paul Singer, der bald darauf ankam, wurde ebenso stürmisch begrüßt.

Nach erfolgter Eröffnung wurde zur Bureauwahl geschritten, die einige Schwierigkeiten bereitete. Zwei Vorschläge zur Bureauwahl: die Genossen Werner, Otto Klein, Tempel und die Genossen Baginski, Jubel und Koblhardt als Leiter der Versammlung zu wählen, erregten schon, als die Namen der in Aussicht genommenen Vorstehenden ausgesprochen wurden, den stürmischen Protest und den Unwillen eines großen Theiles der Versammlung. Es wurden schließlich die Genossen Jubel, Krämer und Koblhardt gegen eine verschwindende Minderheit ins Bureau gewählt.

Genosse Jubel fordert als Vorstehender vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden auf, auf jeden Fall die größte Ruhe zu bewahren. Es gelte, Klärung zu schaffen über unerquickliche Vorgänge innerhalb unserer Partei.

Genosse Werner macht zur Geschäftsordnung den Vorschlag, nach dem Disserenten einem Anhänger der vermeintlichen Opposition das Wort zu geben. Nur dann könne man objektiv urtheilen. (Zustimmung.) Es möge nach Bebel Dr. Bruno Wille sprechen. (Widerspruch, Weisfall, Lärm.) Man möge alles Persönliche bei Seite lassen.

Der Vorstehende erklärt, es sei selbstverständlich, daß nach Bebel Dr. Wille das Wort erhalte.

Das Wort erhält nunmehr der Genosse Bebel, der nochmals stürmisch begrüßt wurde.

Genosse Bebel erklärt zunächst, daß er nicht gern nach Berlin gekommen sei, da die vorliegenden Thatsachen durchaus nicht erfreulicher Natur, auch für die Partei, seien. Wenn er je überrascht gewesen sei, dann sei er es durch die Vorgänge der letzten Wochen. Er habe nicht geglaubt, daß, nachdem nun endlich der Druck des Ausnahmegesetzes von der Partei genommen, sich eine Fluth von Angriffen sich gegen die erheben würde, welche bisher durch die Macht der Verhältnisse gezwungen gewesen, die Partei zu leiten. Die Fraktion hat diese leitende Stellung nicht gewünscht. Als nach Erlass des Sozialistengesetzes die Partei auseinander stob, als die Partei mandtodi gemacht war, als allgemeiner Schrecken, allgemeine Deroute, die allerdings sehr rasch überwunden wurde, eintrat, da seien in Leipzig, wo zufällig eine größere Anzahl Fraktionsmitglieder anfällig war, diese Fraktionsmitglieder zusammen getreten, um zu berathen, was zu thun sei. Von Leipzig aus, von jenem kleinen Kreise sei die erste Anregung gekommen, die Partei wieder zu sammeln. Man sei zu dem Entschluß gekommen, zunächst für die Unterstützung der zahlreichen Opfer des Sozialistengesetzes zu sorgen. Die Sammlung für diese Opfer sei geraume Zeit hindurch die Hauptthätigkeit der Partei gewesen.

Von Leipzig aus ist auch fortgesetzt der Versuch gemacht worden, ein Organ zu gründen. Die Polizei aber unterdrückte stets jedes derartige Beginnen. Man mußte auf andere Art und Weise versuchen, die tausend Fäden unserer Partei wieder zu vereinigen.

Mit Hilfe der Züricher Genossen, die inzwischen den „Sozialdemokrat“ ins Leben gerufen hatten, gelang es endlich, einen allgemeinen deutschen Parteitag nach dem weltverlassensten Orte Wyden in der Schweiz anzuberaumen. Die 81er Wahlen standen bevor. Der Parteitag, zu dem die Genossen aus ganz Deutschland Vertreter entsandt hatten, diskutirte lebhaft über die Frage einer Organisation. Man kam zu dem Entschluß, daß eine allgemeine Organisation unmöglich sei, weil sie von der Polizei nicht geduldet werden würde, daß diese ebenso unmöglich sei, wie eine geheime Organisation, deren Mitglieder doch bald der Polizei bekannt sein und der Verhaftung anheim fallen würden. Man entschloß sich also not-

gedrungen, der Fraktion die Leitung zu übertragen. Die Fraktion, die nicht aufgelöst werden konnte, kam mehrere Monate des Jahres in Berlin zusammen und konnte dort alle Fragen von Wichtigkeit erörtern.

Der Fraktion als Parteileitung wurde weiter vom Parteitag zu Wyden das Recht gegeben, Genossen heranzuziehen, die sie für brauchbar hielt und von deren Rath sie sich einen Nutzen für die Partei versprach. So wurde er (Bebel), als er bei der 81er Wahl — Bebel war 36 Mal aufgestellt — unterlag, zur Leitung hinzugezogen. Die Kongresse von Kopenhagen und St. Gallen haben die Fraktion stets in gleicher Weise zur Leiterin ernannt. Die Fraktion hat dann einen eigenen Ausschuss, den Fraktionsvorstand, erwählt, der die Geschäfte der Partei zu führen hatte.

Daß diese Art der Leitung unzulänglich ist, sehen wir von der Fraktion vollkommen ein. Die Mitglieder des Fraktionsvorstandes wohnen an den verschiedensten Orten. Zur Entscheidung einer Frage war ein langwieriger Briefwechsel nöthig, eine Verständigung war schwer herbeizuführen. Eine solche Art der Organisation muß mangelhaft funktionieren. Dem werde durch Bestellung eines Parteivorstandes an einem Orte abgeholfen werden. Dabei sei zu bedenken, daß die Mitglieder des Vorstandes schwer für ihre Existenz zu ringen hätten, denn die Geschäfte der Partei, die ohne jede Entschädigung geleistet wurden, konnten nur nebenbei erledigt werden. Diese Zustände sind keine Idealsituationen gewesen, aber sie waren aufgezwungen. (Zustimmung.)

Nach dem 1. Oktober kann sich die Partei frei organisiren, d. h. so weit überhaupt in Deutschland von Freiheit die Rede sein kann. (Weisfall.) Die Parteileitung habe alles gethan, was ihr zu thun möglich war. Sie sei so bald wie möglich zurückgetreten, habe berathen und einen Parteitag einberufen, dessen Tagesordnung so unzulänglich sei, als daß nicht alles, was für die Partei von Interesse sei, dort berathen werden könne. Er habe geglaubt und es wäre gerecht und billig gewesen, daß alle die, die an den Handlungen der Fraktion und der Leitung etwas auszufehen hatten, mit ihren Angriffen bis auf den Parteitag gewartet, auf dem die Fraktion Rede und Antwort stehen wird. (Weisfall.) Umsonst habe er sich gewundert, daß schon vorher die Leitung und die Fraktion angegriffen und verdächtigt worden, wie es noch nie vorgekommen sei.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ habe schon früher die Fraktion in einer Weise angegriffen, die auch den Unwillen der Dresdener Parteigenossen erregte. Am 23. Juli sei ein Artikel „Zum 1. Oktober“ erschienen, der die Parteiverhältnisse im Allgemeinen und die Parteileitung in Besonderen angriff und verdächtigte, so daß er (Bebel) sich veranlaßt sah, in derber Weise zu antworten. Er sei damals sehr erbittert gewesen durch die ganze Haltung der „Sächs. Arbeiterzeitung“.

Bebel polemisiert hierauf gegen den von Herrn Dr. Wille verfaßten Artikel „Zum 1. Oktober“. Wille habe darin geschrieben, „er sei sich bewußt, daß er in ein Wespennest greife, auf die Gefahr hin, von den Wespen gestochen zu werden“. Wer seien diese Wespen? Herr Wille sei darauf noch immer die Antwort schuldig geblieben. Wille habe erklärt, daß er die Betreffenden nicht öffentlich nennen könne. Dann habe Herr Wille auch nicht das Recht gehabt, die Wespen öffentlich anzugreifen. (Beifälliger Weisfall.)

Der weitere Vorwurf, daß das persönliche Moment häufig vor das sachliche getreten sei, lasse ihn (Bebel) stets ruhig. Er gebe mit dem besten Bewußtsein auf den Parteitag. Es soll nach dem Artikel ferner unter dem Sozialistengesetz der persönliche Ehrgeiz sehr zur Geltung gekommen sein. Ehrgeiz sei kein Fehler; Ehrgeiz sei eine Tugend. Denn es bedeutet das Streben nach etwas Höherem, die Betätigung der Person im Interesse der Allgemeinheit. (Zustimmung.) Wer einen ehrlichen Ehrgeiz zeige, wie er (Bebel) ihn zu besitzen beansprucht, den müsse man unterstützen; aber wer seinen Ehrgeiz auf Kosten der Allgemeinheit, zum Schaden der guten Sache zu fördern suche, gehöre nicht mehr in die Reihen der Partei. (Beifälliger Weisfall.)

Ehrgeiz in diesem letzteren Sinne kann der Parteileitung nicht nachgewiesen werden. Nach den weiteren Ausführungen des Artikels in Bezug auf die Jüchtung von Autoritäten in der Partei werde es nöthig sein, einen Befähigungsnachweis für jeden einzuführen, der in der Partei thätig sein wolle. Er hoffe, daß es in dieser Hinsicht bei dem bisherigen Gebrauch bleiben werde, daß die Partei diesen Befähigungsnachweis eben dadurch selbst erteile, daß die Betreffenden auf Grund ihrer Gesinnungstreue und Thätigkeit, „auf Grund bewährter Geisteskraft“ in den Reichstag gewählt werden. Zu der Ansicht des Herrn Wille könne man eben nur gelangen, wenn man die Partei nicht als Zusammenfluß Klassenbewußter Männer, sondern als eine Masse von „Geerdethieren“ ansehe. (Beifälliger Weisfall.)

Wer es ehrlich meine, dessen müsse man sich annehmen; wer sich des Vertrauens unwürdig zeige, komme sehr bald hinaus. Dies ist öfters geschehen und das beweist, daß wir gerade etwas mehr, als eine Herde sind. (Beifälliger Bravo.)

Den schlimmsten Vorwurf, den Dr. Wille mache, sei, daß die Partei korrupt sei, d. h. eine allgemeine Fäulnis, daß eine allgemeine Fäulnis eingetreten sei. Wo ist die Korruption? Wenn man Anschuldigungen erhebt, ist man auch verpflichtet, die betr. Personen und Thatsachen anzuführen. Als er (Bebel) diese Anschuldigung las, habe Jörn und Scham ihn erfüllt. Die Anschuldigung sei durch nichts bewiesen. Eine solche Kampfesweise sei bodenlos. (Sehr richtig.)

Der Ausdruck mag nicht parlamentarisch sein; er wäre ihm (Bebel) nicht in die Feder geflossen, wenn er nicht so erbittert gewesen wäre. Wenn man der Partei Korruption vorwerfe, dann sei die Parteileitung vor Allem verantwortlich dafür, daß sie es geduldet habe. Man müsse es korrekt finden, wenn er verlange, daß bestimmte Personen genannt werden. Mit der Antwort Wille's, daß Bebel nicht gemeint sei, könne er (Bebel) sich nicht zufrieden geben.

Die Sozialdemokratie ist urgesund, das beweisen die Versuche der Gegner, unsere Genossen zu kaufen. (Sehr gut!) Alle Versuche sind an unserer Kraft gescheitert. Unlautere Elemente sind abgestoßen worden. Durch diese Kraft und Unerschütterlichkeit hat die Partei auch bewiesen, daß das Sozialistengesetz sie (Bebel) Weisfall, Vereinzelter Widerspruch.)

Bebel wendet sich hierauf gegen den Vorwurf, als wolle die Fraktion die freie Meinungsäußerung unterdrücken. Auch hier habe man keinen Namen genannt. Wille wolle die Namen ihm gegenüber privatim nennen. Könne er die Personen nicht öffentlich bezeichnen, dann hätte auch der öffentliche Angriff unterbleiben müssen. Beschwerden seien stets beachtet, Uebertreibungen stets nach Möglichkeit gesteuert worden. Für die Ausprägungen einzelner Fraktionsmitglieder könne man auch die Parteileitung nicht verantwortlich machen. Trotzdem er (Bebel) Gerüchte über die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung als Lüge bezeichnet habe, werden diese Anschuldigungen fortgesetzt wiederholt. Alle diese Anklagen könne er nur auf eine hochgradige Voreingenommenheit gegenüber der Fraktion zurückführen.

Was in Dresden, in Magdeburg vorgekommen sei, sei Sache der dortigen Parteigenossen gewesen. Damit habe die Fraktion absolut nichts zu thun gehabt. Er habe sich nur seiner Haut gewehrt. In der Nummer vom 23. August d. J. des „Berliner Volksblatt“ habe Wille seine Klagen in neun Punkten zusammen gefaßt. Auf einige Punkte wolle er nicht näher eingehen. Der solche Kleinigkeiten, wie die Form der Einberufung einer örtlichen Versammlung zu einem programmatischen Vorwurf gegen die Taktik der Partei macht, beweise nur, wie wenig er sie zu erkennen vermöchte. (Sehr richtig.)

Wille selbst, der von maßgebenden Mitgliedern der Fraktion spricht, stärke, erzeuge ja gerade dadurch eine „Autorität“, die er so energisch zu bekämpfen sucht. Er, Bebel, der schon vor nahezu 30 Jahren als junger Mann im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ die in die Hände des damaligen

Präsidenten gelegte Autorität bekämpfte, habe stets nach Möglichkeit jede Autoritätsbildung bekämpft.

In Bezug auf den Aufruf zum Parteitag bemerkt Bebel, daß ja die Fraktion nur einen Vorschlag gemacht habe. (Sehr richtig!) Der Parteitag sei in der Frage souverän.

Was die Kritik der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion betreffe, so konstatiert Bebel, daß innerhalb der Fraktion keinerlei Meinungsverschiedenheit in Betreff der parlamentarischen Thätigkeit existire. Bebel kennt in der Fraktion keinen rechten, keinen gemäßigten Flügel. Habe man Klagen gegen die Fraktion, dann sei der Parteitag der Ort, an dem diese Angelegenheit zum Austrag gebracht werden kann.

Bebel begründet des Weiteren die Taktik der Fraktion bei den letzten Stichwahlen.

Es handelt sich hier um eine Frage des politischen Raths der Partei. Diesen Standpunkt hat auch die „Berliner Volks-Tribüne“ noch in diesem Januar klar vertreten. In St. Gallen lag es so, daß man wegen der Feigheit der Bourgeoisie annehmen mußte, im Reichstag werde eine oppositionelle Mehrheit nicht mehr zu Stande kommen, dazu kam die große Erbitterung über die Fortschrittspartei, die unsere Kandidaten hatte durchfallen lassen — es lag also kein Grund vor, für irgend eine Partei aufzutreten. Ich habe gleich gesagt, dabei würden wir nur wenige Prinzipien-treue hinter uns haben, die große Masse würde die Nachsicht wahren. Im Februar d. J. schlugen wir eine andere Taktik ein, weil die Dinge total verändert waren; weil das Sozialistengesetz verewigt werden sollte, weil wir durch Stimmenthaltung Leuten in den Reichstag verholfen hätten, die dazu bereit waren, es wäre politischer Selbstmord gewesen, hätten wir anders gehandelt, wie wir gethan. Ich begreife, daß den Berlinern die Abstimmung für die Freisinnigen schwer geworden ist; aber die selbe erfolgte nicht aus Günst gegen eine Partei, sondern in eigenen Parteinteresse — unseres Vortheils halber. In Dresden, von Briefen aus ganz Deutschland wurde uns damals dieser Standpunkt empfohlen. Die Partei hat mit dieser Taktik einen ganz bedeutenden politischen Schachzug gethan, indem sie dem Land die allgemeine politische Situation zu klären. Das Zentrum, die Partei der größten politischen Heuchelei, die sich seit Jahren ein demokratisches Mäntelchen umgehängt, wurde gezwungen, Stellung zu nehmen, ob für oder gegen die Negierung. Einem nicht kleinen Theil der Zentrumswähler sind durch die Taktik der Fraktion die Augen geöffnet worden. Die Fraktion wird die nächste Wahl für uns bringen! (Weisfall.)

Ebenso richtig sei die Taktik der Fraktion in Bezug auf die Feier des 1. Mai gewesen. Die Bourgeoisie hätte die Gewaltthaten am 1. Mai nicht ungenügend gesehen. Die Fraktion habe die allgemeinen Verhältnisse in Deutschland in Betracht gezogen und die Katastrophe befürchtet, welche der Partei den Erfolg der Reichswahlen genommen hätte. Die Fraktion mußte das verhältnismäßig zu demonstrieren. Mit dem Aufruf habe die Fraktion nicht gegen die Beschlüsse des Pariser Kongresses verstoßen. Jedes Land sollte so demonstrieren, wie die Verhältnisse es gebieten. Die Engländer sind in dieser Frage praktischer gewesen. Sie wählten den Sonntag, den 4. Mai und hatten großartigen Erfolg gehabt. Die Fraktion war deshalb berechtigt zu ihrer Auslassung, umsonst, als sie es jedem Ort frei stellte, zu demonstrieren, wie es ihm beliebt. Im übrigen werde auch in dieser Sache die Fraktion vor dem Parteitag Rede und Antwort stehen.

Bebel wendet sich nun gegen den Vorwurf, die Fraktion sei nicht revolutionär genug. Schon 1867 habe die Partei erklärt, daß der parlamentarische Kampf nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck sei. Kein Parlament werde sich herbeilassen, einer Umgestaltung der Gesellschaft zuzustimmen. Das weiß auch die Fraktion. Die Wahlen sind von ihr nur als eine Art Kraftmesser angesehen worden. (Sehr gut!) Wenn sie einmal die Wichtigkeit einer Partei sich bewährt habe, so hat sie es hier dadurch, daß die Arbeiter aller anderen Länder darauf hinarbeiten und sich die Taktik der deutschen Sozialdemokratie zum Muster nehmen. Früher sei er (Bebel) anderer Ansicht gewesen. Er sei bekehrt. Dürft die Partei auf dieses Mittel verzichten müssen, dann hätte sie die Macht erlangt, die sie heute besitzt. Hätten wir die Taktik des Reichstags während der 12 Jahre der parlamentarischen Thätigkeit unserer Partei nicht gehabt, wäre das Sozialistengesetz nie gefallen. (Beifälliger Weisfall.) Es werde der Vorwurf erhoben, die Fraktion werde sich, als könne das soziale Heil aus der parlamentarischen Thätigkeit erblühen. Unsere Wähler wollen eben, daß wir ihren Klagen Gehör im Reichstag geben und ihnen Veränderung verschaffen. An der parlamentarischen Thätigkeit nicht zu betheiligen, wäre der größte taktische Fehler. (Beifälliger Bravo.) Wir sind verpflichtet, zu zeigen, was wir wollen, wir müssen unsere Forderungen formuliren und verteidigen. So halb sind wir auch gezwungen, uns an den Arbeiten der Kommissionen zu betheiligen. Die Herren von den Kommissionen wären froh, wenn sie uns aus den Kommissionen los würden. (Heiterkeit, Zustimmung.)

Wunderbar sei es, daß die eine Seite der Opposition sage, die Fraktion arbeite zu viel im Parlament, die andere aber meine, die Fraktion vernachlässige verschiedenes im Parlament. Es müßte Herr Wildberger, daß die Fraktion nicht schon längst einen Antrag oder einen Entwurf zum Vereinsgesetz eingebracht hätte. Erstens sei es doch durchaus nicht gesagt, daß unsere Anträge angenommen werden. (Sehr richtig!) Es könne leicht für die Parteigenossen Süddeutschlands eine Verschlimmerung in Bezug auf die Versammlungsfreiheit eintreten.

Unsere Zukunftsforderungen im Parlaamente zu stellen, wäre die größte Nothwendigkeit. Das hiesse — um ein biblisches Wort einmal anzuwenden — Petrus vor die Säule werfen. (Beifälliger Weisfall.) Was soll uns das? Die Leute lachen uns nur aus. Je deutlicher wir sind, desto mehr sind sie dagegen. (Zustimmung.)

Man möge schließlich über unsere Thätigkeit denken, wie man will, gegebenes muß werden, daß die Negierung gezwungen werden unsere Forderungen Rechnung zu tragen. (Beifälliger Weisfall.) Man wird sich auf keiner Seite über den Werth der Sozialistengebung täuschen — die Fraktion hat ja auch dagegen gethan — jedenfalls bedeutet aber diese Gesetzgebung einen großartigen politischen Erfolg der Partei. Nichts hat uns bei den jüngsten Wahlkämpfen mehr genützt, als die laienliche Ertrags-Erlasse. Man wolle damit für die laienliche Sozialdemokratie Stimmen lauern; wir haben aber die Sachlage gut ausgenutzt. Auch die Erlasse sind ein moralischer Erfolg für uns. (Beifälliger Weisfall.)

Mancher hat vielleicht im Parlament nicht scharf genug gesprochen, das wolle er (Bebel) zugeben. Es sei weiter kaum zu verlangen, wie Herr Wille meinte, daß die Fraktionsmitglieder die schwer um ihre Existenz zu ringen haben, die einen großen Theil ihrer Zeit auf die parlamentarische Thätigkeit zu verwenden haben, auch noch Agitationsreisen machen sollen. (Beifälliger Zustimmung.)

Die Fraktion habe sich nach keiner Seite hin etwas zu Schulden kommen lassen. Sie hat nach besten Kräften gearbeitet. Auch der gute Wille muß anerkannt werden. Macht die Fraktion Prinzipienversätze, dann kann sie von der Partei zur Verantwortung gezogen werden. Die Fraktionsmitglieder werden zurücktreten. Keiner wird sein Mandat dem ausgesprochenen Willen der Partei gegenüber behalten wollen. Die neuen Fraktionsmitglieder haben selber erklärt, noch nicht reden zu wollen. Sie wollen noch lernen. Im Parlament könne man nicht in derselben Weise reden, wie in den Volks-Versammlungen. Sind Fehler gemacht worden im Parlament, man zeige sie! Da man das nicht kann, so sind die Angriffe durchaus ungerecht. Ich warne davor, auf diesem Wege weiterzugehen. (Stürmisches Bravo.)

Im Parlament haben wir den besten Boden, unsere Ideen unter den Massen zu verbreiten. Die politische und ökonomische Entwicklung revolutionirt die Massen und treibt sie uns in die

Krme.
nötig.
Kreisen
über die
Sozial-
märkten
wissen
angewen
Ma
auspre
das Be
den wir
findet
zurück.
Wir me
sind die
zur An
W
E
St
W
E
auf die
gelangt
Es ist r
hingehö
schlecht
Für die
Ueberzeu
Dreim
Ma
unter s
der St
habe.
eingemo
Wandern
machen
trägt z
schäfflic
dürfen
veränd
Gemüth
Gefahr
Wienun
bildet s
Arbeiter
mentari
Boraus
freie K
Nicht n
nicht be
sind, to
glauben
Bebel f
(Abg. L
Wasse
Der W
eine i
reform
die So
aufzub
zu ver
lungen
Art W
ist das
wird be
gelange
dem W
Wienun
durch i
diesem
Partei.
Wieder
werden
benötig
wecken
ordnun
seiner
gerinn
Nutzt
große U
Singer
jagen,
daß
Nach
große
Fraktio
andere
fähig
Partei
eine a
müß
können
unter
Entw
für a
daß u
Wasse
bauern
angeh
sch et
wile
Schul
behal
in de
verhö
beden
das is
aber
nomin
Wienun
Wort
Glaub
Ordn
nicht
nicht
der P
nicht
Ich h
Sozial
als h
stänb
Dob
dieser

Keme. Wir haben die Masse aufzuklären. Wir haben nicht nötig, in revolutionären Phrasen, die an sehr maßgebenden Kreisen und Stellen mißfallen, zu machen, es genügt, Klarheit über die Thatsachen, die ohnedies zu immer weiter greifender Sozialisierung führen, zu verbreiten. Die bürgerlichen Parteien warten nur darauf, um an Stelle des Sozialistengesetzes, das gemißmaßen nur auf Probe gefallen ist, andere Mittel gegen uns anzuwenden. (Stürmischer Bravo.)

Man sollte den Ausdruck Lassalle's befolgen: „Man soll aussprechen das, was ist!“ Wir müssen die Masse aufklären über das Wesen des Sozialismus und der heutigen Gesellschaft. So werden wir weiter arbeiten. Kommt der Parteitag zu anderer Ansicht; findet er, daß wir zu alt geworden, dann treten wir zurück. Wir legen nicht solches Gewicht auf unsere Stellung. Wir machen gern anderen Platz. (Stürmische Rufe: Nie!) Das sind die Gründe, die mich veranlassen, Ihnen folgende Resolution zur Annahme vorzuschlagen:

Die Versammlung erklärt die von verschiedenen Seiten aufgestellte Behauptung, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei korrupt, sie beabsichtige, die Partei zu verewaltigen und sei bestrebt, die freie Meinungsäußerung in der Parteipresse zu unterdrücken, für eine durch nichts bewiesene schwere Beleidigung der Fraktion beziehentlich der Parteileitung.

Die Versammlung erklärt ferner die gegen die bisherige parlamentarische Thätigkeit der Fraktion gerichteten Angriffe für ungerechtfertigt.

Die Versammlung ersucht die Parteigenossen, all und jede persönliche Polemik in der Presse und in Versammlungen einzustellen und die Streitfragen der Entscheidung des Parteitages zu unterbreiten.

Stürmischer Beifall folgte dem Vorlesen der Resolution. **Bebel** (fortfahrend): Die Partei in ganz Deutschland steht auf die heutige Versammlung. Zahlreiche Briefe, die an mich gelangten, zeigen es. Der Streit hat schon zu lange gedauert. Es ist nötig, daß diese Fragen dahin verwiesen werden, wo sie hingehören, auf den Parteitag. Füllen Sie, meine Herren — so schließt Bebel unter stürmischen Bravo und Händeltatschen — Ihr Urtheil nach beider Überlegung. Sie sind Männer von Überzeugung, keine Heerde. Ich habe das Vertrauen zu Ihnen gerechten Entschieden.

Nach Bebel sprach als erster Redner **Dr. Wille**, der unter schwachem Beifall das Wort nahm. Er bemerkte, daß der Streit sich leider allzu sehr zu einem persönlichen Gezeiher habe. (Sehr richtig!) Alle diese Neuheiten, die vorgenommene Stimmung komme ihm vor, wie das Raufen des Kindes durch die Blätter. Die Blätter zucken sich, aber sie machen keinen Wald. Der Wind ist das Sozialistengesetz! Was ist zu unserem Nachtheil bei? Das ist zuerst die wirtschaftliche Entwicklung, die Befestigung der Politik. Wir dürfen den Schwerpunkt des heutigen Abends nicht in den persönlichen Streitigkeiten suchen, sondern müssen unsere Gemüther zur Sache erheben. Der Parlamentarismus birgt eine Gefahr in sich; der Wähler wählt sich einen Vertreter in der Meinung, daß dieser nunmehr Alles für ihn machen werde; es bildet sich eine Art der Bevormundung heraus. Auf dem letzten Arbeiterkongress zu Paris hat Genosse Nieuwenhuis den Parlamentarismus sehr treffend als eine Komödie bezeichnet. Wozu es ankommt, ist die Masse selbstständig zu machen; ohne freie Selbstüberzeugung giebt es keine Genossenschaft mehr. Nicht nur auf die Massen, sondern auch auf die Parlamentarier wirkt der Parlamentarismus, ohne daß diese sich immer dessen bewußt sind, korruptierend. Sie bilden sich zu Autoritäten aus! Sie glauben eben die Schiedenden zu sein und sind, wie das Herr Bebel selbst schon einmal gesagt hat, doch nur die Geschobenen. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Das sie sich einbilden, sie hätten die Masse zu leiten, ist schon eine Korruption. (Heftiger Widerspruch.)

Der Parlamentarismus, wie er sich jetzt ausgebildet hat, birgt eine schwere Gefahr auch dadurch in sich, daß er eine Sozialdemokratie strebt nicht nur darnach, ihre eigenen Ideen auszubreiten, sondern auch den Arbeitern bessere Lebensbedingungen verschaffen. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Diese Bestrebungen zeitigen den Erfolg, daß die anderen Parteien eine Art Wettlauf um die Gunst des arbeitenden Volkes inszeniren; ist das etwa für uns ein Erfolg? (Ja! Große Unruhe.) Wenn wir den anderen Parteien Gelegenheit zum Bauernfang geben, verlangen wir dahin, daß eine bürgerliche Sozialistpartei auf dem Boden der heutigen Gesellschaft erwächst. (Unruhe.)

Nieuwenhuis sagte ferner, daß die bürgerlichen Parteien uns durch Aneignung der Sozialreform auf dem Boden der heutigen Gesellschaft entgegenzutreten könnten, und ich meine, wir könnten auf diesem Boden festgenagelt werden selbst von einer monarchischen Partei. (Widerpruch.) Unsere Fraktion sollte sich hüten, sich das als Verdienst anzurechnen, was von uns nicht als Verdienst angesehen werden kann. (Große Unruhe.) Unsere Fraktion sollte peinlichst darauf achten, Alles zu vermeiden, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als ob auf dem Boden der heutigen Gesellschaft Ordnung etwas zu erreichen sei. (Beifall und Widerpruch.) Als feiner Zeit der Kaiser vorschlug, daß von den verschiedenen Regierungen eine Konferenz einberufen werden solle, die eine gewisse Mathlosigkeit bei den Genossen ein. (Wiederholte Nachrufe und große Unruhe.) Was geschieht, wenn die Regierung nachgeben? (Abg. Singer: Dann fordern wir weiter!) Dann können wir dem lange nachjagen, was schon errungen war. Es ist unbedingt notwendig, daß wir schon vor dem Kongress Stellung nehmen, damit die Fraktion keinen zu großen Einfluß auf die Parteileitung erlange.

Nach der geplanten Organisation erhält die Fraktion eine viel zu große Macht. Es ist zwar gesagt worden, die Mitglieder der Fraktion hätten mindestens doch die gleichen Fähigkeiten, wie andere Personen; gewiß, es kommt aber auf die allgemeinen Fähigkeiten nicht an. Die Fraktion folgt Tendenzen, die unserem Parteileben gefährlich werden können, deshalb sollte die Leitung eine andere erweiterte Zusammensetzung erfahren. Der Vorstand muß auch die prinzipielle Haltung der Fraktion kontrolliren können und die Gehälter sollten nicht vom Vorstand selbst unter Zustimmung der Fraktion festgesetzt werden. Nach dem Entwurf ist die Fraktion Alles, sie ist es allein, die zukünftig über unser Parteileben bestimmen soll. Wer bürgt uns dafür, daß wir nicht einmal Fraktionsmitglieder erhalten, welche die Massen zum Schlechten leiten? Im § 1 des Entwurfs ist von dauernder Unterstützung die Rede, durch welche die Parteiglieder verpflichtet werden können. Diese Verpflichtung sollte ebenfalls für verwerflich, weil in Zeiten der Arbeitslosigkeit viele eine solche Unterstützung nicht leisten können. (Unruhe und Schluss-Rufe.) Ich sehe, daß Sie mich doch niederschreiben wollen, deshalb will ich wenigstens das beibringen, was meinen Artikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ betrifft. Bebel hat von vornherein Stimmung gegen mich gemacht. (Lebhafte Unterbrechung), er hat von Heerdeviech gesprochen, einem Schlagwort, das ich in einer Schmacherversammlung gebraucht habe, das aber nur dem inkorrekten Witz eines Reichstagsmitgliedes entnommen hat. Dadurch sollte er sich doch nicht bestimmen lassen! Meine Herren, kennen Sie den Artikel? (Rufe: Ja! Nein! Vorlesen!) Redner verliest den Artikel und bemerkt dazu: Glauben Sie denn wirklich, daß Alles so in der besten Ordnung in unserer Partei ist, daß das Sozialistengesetz uns nicht korruptirt hat, daß das persönliche Element nicht vielfach vor das sachliche getreten ist? Wenn der Abgeordnete Bebel, den ich nirgends genannt und auch nicht gemeint habe, sich dadurch getroffen fühlt, so kann ich doch nicht dafür. Schieben Sie mir doch keine andere Absichten unter. Ich spreche von der Parteileitung ja gar nicht! Ich spreche dem Sozialistengesetz die entstandene Korruption zu. Ferner habe ich als heillos hingestellt, daß die Arbeiter zu einer gewissen Selbstständigkeit gelangt sind. Sie haben das am 1. Mai bewiesen. Das ist nicht erst bei der Fraktion angefragt haben, ist ein Zeichen dieser Selbstständigkeit. (Beifall.) Ich meine auch, daß die

Parteigenossen dafür eintreten müssen, daß die unabhängigen Organe nach dem Sozialistengesetz fortbestehen; ich habe verdienstvolle Organe, wie die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und die „Berliner Volks-Tribüne“ genannt. Es ist thatsächlich eine Strömung gegen die letztere vorhanden, wenigstens ist mir eine solche Mitteilung von verschiedenen Personen geworden und das das „Berliner Volksblatt“ dazu geschwiegen, habe ich das geglaubt. Das zu dieser Annahme auch die Berechtigung vorhanden ist, zeigt die Neuerung Liebknecht's, nach welcher er nur aus Rücksicht auf den Genossen Sahnfeldt den Vätern gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung“ seine Zustimmung nicht gegeben hat. Ich habe mich nicht versteckt, sondern meinen Namen über den Artikel gesetzt, auf der anderen Seite verstecken sich die Leute hinter das Redaktionsgeheimnis. (Unruhe.) Meiner Ansicht nach will der Herr Bebel mich zum Sündenbock machen! (Sehr richtig!) Er möge mir doch mal zeigen, daß ich die Parteileitung angegriffen habe. Herr Bebel scheint sich wie jener französische König auf den Standpunkt zu stellen: Der Staat das bin ich! (Heftiger Widerspruch.) Er scheint wie ein Vater seine Kindlein, die Parteigenossen führen zu wollen. Wird denn unsere Partei von ein paar Personen geleitet, daß alles zurückliegt auf die paar Personen? Das ist doch Unfug! (Unterbrechung.) Bei der Versammlung in Dresden ist es ganz undenkbar zugegangen, es war, als ob die Fortschrittler unter sich gewesen wären. Da haben Sie ja etwas von der Korruption. (Schlußrufe.) Früher habe ich geglaubt, daß Personen, die gegen den Autoritätsglauben sprechen, in der sogenannten Partei nicht mit Schmutz besudelt werden würden, daß wenigstens in dieser Partei ein freier Meinungsaustrausch vorhanden sei. Wenn gleich auch dies nicht einmal möglich ist, so werde ich doch weiter wirken für die Sache, für das Recht des freien Meinungsaustrausches. Es giebt doch noch einen Ort, wohin der Schmutz nicht dringen kann, das ist der innere Mensch, der Kern, dort hinein können keine Leute von der Art des Grillenberger dringen. (Stürmische Unruhe; vereinzelter Beifall.)

Eine sehr lebhaft erörterte Frage der Rednerliste. Es haben sich gegen dreißig Redner gemeldet. Der Vorsitzende will aber zuerst Karl Wildberger, dann dem Abgeordneten Singer und dann dem Buchdrucker Werner das Wort geben. Die Versammlung bestimmt unter dem heftigen Widerspruch Max Baginski's demgemäß.

Genosse Wildberger: Ich erwarte in erster Linie, daß Sie mich ebenso ruhig anhören, wie Sie den Genossen Bebel angehört haben und meine, daß der Beifall, den Sie ihm am Schluss seiner Rede gezollt haben, wohl nicht seinen Ausführungen, sondern seiner Autorität galt. (Unterbrechung.) Als Sozialdemokrat habe ich keine Veranlassung, mit meiner Meinung zurückzuhalten und ich glaube, daß man mir das Zeugnis ausstellen wird, unserer Sache redlich zu dienen. Ich meine, man hätte schon aus dem Grunde keine Ursache gehabt, dem Genossen Bebel zuzujubeln, weil er sich Inkonsequenzen hat zu Schulden kommen lassen. (Stürmische Unterbrechung.) Ich behaupte, daß er nicht vorurtheilfrei verhalten ist, sondern daß sein Urtheil über die Verhältnisse getrübt war durch Mittelspersonen. (Zwischenrufe.) Es ist auch durch die Artikel im „Berl. Volksbl.“ die Meinung verbreitet worden, daß wir den Genossen Bebel, Liebknecht und Singer etwas am Zeuge stützen wollen. Wenn gesagt wird, daß Dinge, die Wille in seinem Artikel bespricht, noch niemals in der Partei verhandelt wurden, den verweise ich auf die Parteipresse vor dem Sozialistengesetz. Damals haben freilich Genosse Bebel und Andere die Anschuldigungen nicht so übel genommen. Gerade Bebel, den ich für den befähigsten halte, muß wissen, daß wir ihm nicht am Zeuge stützen wollen. Wir wollen nur Front machen gegen die Verstöße der Fraktion, von denen er vorhin gesprochen hat. (Unruhe.) Genosse Singer hat auf dem letzten Kongress ausdrücklich erklärt, mit unserer Unterstützung wird nie wieder ein Fortschrittler gewählt werden, und der Beschluß ist auch in St. Gallen angenommen worden, trotzdem hat man uns bei den Wahlen aufgefordert, für die Freiwitigen zu stimmen. Wenn wir gegen solche und andere Dinge protestiren, so ist das unser gutes Recht, Niemand kann davon reden, daß wir eine Spaltung provoziren wollen. Wenn Liebknecht daher von würdigen Schafen und zweifelhaften Elementen spricht, so haben wir alle Ursache, eine derartige Sprache anzunehmen. Andere Genossen sind mindestens ebenso wehrhaft wie die in der Fraktion, warum sollen diejenigen, welche eine abweichende Meinung sich erlauben, niedergedrückt werden? Der Genosse Bebel sagt in seinem letzten Leitartikel, daß wir durch den vorgeschlagenen Wahlmodus zum Kongress des platten Land gewinnen können, dies ist eine ganz falsche Anschauung. (Bebel: Agitationsmittel!) Nun, das ist ein sehr schlechtes Agitationsmittel! Das ist kein Argument für diese Behauptung. Nach dem Kongress gehören Genossen, welche wissen, wie organisiert und in welcher Weise sich die Partei gestalten muß, und nicht Personen, welche hierfür kein Verhältniß haben, die noch garnicht über unsere Prinzipien informiert sind. Ich stehe in Bezug auf den Parlamentarismus auf dem Standpunkt des Genossen Bebel, der uns bisher gesagt hat, daß der ganze Zweck des Parlamentarismus der sein soll, die Volksmassen zur Erkenntnis zu bringen. Diesen revolutionären Standpunkt müssen wir festhalten. Man hat aber angefangen, die Massen durch Bestrebungen zur Erreichung einer sogenannten Sozialreform einzulullen, als ob dadurch ihre Lage zu bessern sei. Wenn das revolutionäre Phrasen sind, sind es auch revolutionäre Phrasen, die Bebel und Liebknecht in den früheren Jahren gebraucht haben. Ich habe nach den Wahlen geglaubt, daß die Fraktion angesichts ihrer Stärke mit ganz anderen Gesetzesvorlagen vor den Reichstag treten würde. Genosse Wille hat vorhin gemeint, die Bewegung könne leicht in eine Possibilistenbewegung auslaufen; der Vergleich mit der Charistenbewegung wäre wohl zutreffender, die sich bekanntlich von dem Augenblick, wo man ihre Kongressen machte, in eine gewerkschaftliche Bewegung verwandelte. Daß ein solcher Abfall möglich ist, wenn wir nicht prinzipiell vorgehen, hat das Jahr 1870 bewiesen, indem beim ersten Schuß die Hälfte der Genossen abfiel. Es kann bei unserer Agitation doch nicht bloß aus den Stimmenfang ankommen. Mich dünkt, daß Bebel uns nicht vorzuziehen hätte, in diesen Dingen wissen wir am Ende ebenso viel wie er oder mehr. (Zwischenrufe.) Ja, meine Herren, wenn Sie blindlings dem Abg. Bebel zustimmen wollen, brauchen wir überhaupt nicht mehr zu verhandeln. Protestiren muß ich entschieden dagegen, daß das „Berliner Volksblatt“ Zentralorgan werden soll, daß es unter die Parteileitung gestellt werde. Das ist eine der auffallendsten Bestimmungen, die der Entwurf enthält. Ich denke, wir hätten das Recht hier in Berlin zwar nichts Besonderes, aber doch das zu haben, was selbst in kleinen Städten vorhanden ist, nämlich ein eigenes Organ. Das „Berliner Volksblatt“ gehört der Berliner Parteigenossen, die haben es groß gemacht. Die Fraktion möge sich ein Zentralorgan gründen. (Beifall und lebhafter Protest.)

Genosse Singer, welcher mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde, sprach sich zur Sache folgendermaßen aus: Die Versammlung hat ihre Stimmung bereits so deutlich manifestirt, daß es nicht nötig erscheint, hier lange zu sprechen. Ich werde deshalb nur über das sprechen, was von Wille und Wildberger hier angeführt worden ist. Nachdem ich Wille zum ersten Mal gehört habe, ist es mir klar, wie eine Versammlung zu beschaffen, wie die im 6. Wahlkreis gefassten, kommen konnte. Die Behauptung, daß die Parteiververtretung durch den Parlamentarismus, durch eine vernünftige Arbeiterwahl-Gesetzgebung die Sache der Arbeiter nicht fördere, eine solche Behauptung wird gemacht in einer Stadt, die diesen Gesetzentwurf in jubelndem Beifall. Durch eine gute Gesetzgebung erziehen wir erst die Soldaten, die zum Kampf gebraucht werden. Ich bin der Meinung, daß die Sozialdemokratie nicht den Grundsatz aufzustellen hat: es muß

noch viel schlechter werden, bevor es besser werden kann. Genosse Wildberger, der den revolutionären Geist der Fraktion bemängelt, hat sogar in einer Versammlung im 6. Wahlkreis die Fraktion aufgefordert, eine Amnestie zu verlangen. (Beifall.) Der Genosse Wildberger sollte bei seiner revolutionären Gesinnung doch nicht von der Fraktion verlangen wollen, daß diese um Gnade bitten soll. (Wildberger: Ich habe gegen den Antrag protestirt.) Genosse Wille muß sich gefallen lassen, daß aus seinem Artikel die Anklage gegen die Fraktionsleitung gezogen wird. (Beifall.) Wille ist Schuld daran, daß in Berlin der Eindruck hervorgerufen wurde, als ob die Sozialdemokratie auseinander fallen sollte. (Beifall.) Die Berliner Genossen werden nicht glauben, daß Männer wie Bebel und Liebknecht abgewirtschaftet haben und werden diese Männer nicht ins alte Eisen werfen wollen. (Lebhafte Beifall.) Wenn auf der einen Seite Bebel und Liebknecht, auf der anderen Wille, Werner und Wildberger stehen, werden die Genossen wissen, wohin sie sich zu wenden haben. (Stürmischer Beifall.) Es wird gesagt, die Fraktion sei in Gefahr, in dem Parlamentarismus unzulässig; dann sollte man doch eine solche Anklage begründen, einen solchen Fall nennen. Solange das nicht geschieht, sollte jeder ehrliche Parteigenosse sich hüten, mit solchen Verdächtigungen zu kommen. (Zustimmung.) Was den Parlamentarismus anbelangt, so könnte man dem Pariser Kongress wohl diesbezüglich einige Reminis zu trauen. Der Kongress hat aber beschlossen, daß energisch für die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung eingetreten werden soll, er hat nur damit die Direktive gegeben und durch die Kundgebungen, die in jeder Versammlung zum Ausdruck kamen, ist das Vorgehen als richtig anerkannt worden. Herr Dr. Wille scheint diesem gegenüber eine ganz neue Religion für die Sozialdemokratie erfinden zu haben. (Beifall.) Ich will nun noch kurz auf den Organisationsentwurf eingehen. Es wird in Bezug auf denselben ein Skandal gemacht, als ob mit dem Entwurf die Partei stehe und falle. Der Name Entwurf sagt doch schon deutlich, daß es noch nichts Feststehendes ist. Statt der Fraktion zu unterschreiben, sie wolle die freie Meinungsäußerung unterdrücken, sollten die Herren der Fraktion dankbar sein, daß sie ihnen Material gegeben; ich habe noch kein anderes Material vorlegen sehen. Der Parteitag wird doch darüber zu beschließen haben. Was ist Autorität? Vertrauen, und das hat Jeder in dem Maße, wie er es verdient. (Lebhafte Beifall.) Der ganze Kampf hat auf mich keinen anderen Eindruck gemacht, als daß man Autoritäten belächelt, um selbst Autorität zu sein. (Beifall.) Wildberger erschien am bedenklichsten, daß das „Berliner Volksblatt“ Zentralorgan werden soll. Die Gewerkschaften würden ihren Einfluß auf das Blatt verlieren. So steht die Sache nicht, es wird auch später den Gewerkschaften in weitestem Maße Rechnung getragen werden. Lassen Sie sich nicht von dem Gespenst in Furcht jagen, daß das „Berliner Volksblatt“ seinen Parteischarakter verlieren wird. Es wird genau dasselbe Organ bleiben, nur wird es die Bekanntheitsmacht der Partei enthalten. Es wird die Parteiprinzipien in der besten Weise zum Ausdruck bringen. Wildberger und Wille haben den Eindruck im Saale hervorzurufen gesucht, als ob es sich darum handelte die „Volks-Tribüne“ und die „Sächsische Arbeiterzeitung“ zu unterdrücken. Herr Wille hat es vom Hörensagen. Ich erkläre ihm hier auf das Würdigste, daß in der Fraktion nirgends der Versuch gemacht worden ist, die „Volks-Tribüne“ zu unterdrücken. Wenn Genosse Schipyl anwesend wäre, würde ich ihn auffordern, dies zu bestätigen. Ich habe es gewünscht, daß in dem Augenblick, wo die Meinung der Parteigenossenschaft Berlins zum Ausdruck kommt, die unbegründeten Anklagen in ihr Nichts zerfallen würden, das an der Lauterkeit der angegriffenen Personen kein Zweifel bleiben konnte. Im 6. Wahlkreis ist auch gesagt worden, daß Geschäftssozialisten ergötzen sind. Ich halte es der Unersahrenheit des Genossen Wille zu Gute, daß er in dieser Weise von Parteigenossen spricht, die durch Maßregelungen aller Art schließlich gezwungen sind, sich eine selbstständige Existenz zu gründen. (Lebh. Beifall.) Ich meine auch, Herr Wille hätte sich das Sprichwort merken sollen, wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Von ihm wird doch auch gesagt, daß er sich für seine Vorträge 10 M. bezahlen lasse. Ich erkläre, daß ich ihm das nicht zum Vorwurf mache. Ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß die vorgeschlagene Resolution, die, wie ich hoffe, einstimmig angenommen wird, die Einstellung der Polemik herbeiführen und damit die Streitigkeiten beenden wird. (Lebhafte Beifall.) Ich weiß, daß die Berliner Genossen auf dem Parteitag in Halle ihre Ansichten vorbringen, und daß sie sich, wie alle Parteigenossen, den Beschlüssen fügen werden. Ich zweifle nicht daran, daß die Annahme dieser Resolution in den Herzen aller Parteigenossen freudigen Widerhall finden wird und deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie für diese Resolution. (Stürmischer Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. Das Wort erhält Genosse Werner: (Schlußrufe.) Parteigenossen, haben wir heute gezeigt, daß wir objektiv urtheilen können? (Stürmische Unterbrechung.) Haben wir noch nicht gelernt, sachlich zu diskutieren? Wollt Ihr diejenigen nicht hören, die Tage und Nächte geopfert haben und die Arbeiter für die Sache der Sozialdemokratie aufgeklärt haben? Ist es denn richtig, wenn man sagt, es befinden sich unsanftere Elemente unter uns, welche die Partei untergraben wollen? Haben wir uns nicht den Oberst abgewimmelt, den Herrn Singer selbst als den besten für die Stadtvertretung vorgeschlagen hat. (Unruhe.) Ich nehme heute zum ersten Mal in diesem Streit das Wort, jeder, der meine Ausführungen in Frieden annehmen hat, wird zugeben müssen, daß ich mich über den Organisations-Entwurf ganz sachlich geäußert habe. Herr Bebel hat angeführt, daß sämtliche Arbeiten von der Parteileitung unentgeltlich geleistet worden sind; nun, wir haben auch unentgeltlich gearbeitet. Ich fordere jeden Parteigenossen auf, zu sagen, ob ich für meine Vorträge Zahlung genommen habe. Ich glaube, daß von den Parteigenossen, die heute verdächtigt werden, manche ihre Stellung und Alles geopfert haben. Was ist nun eigentlich die Ursache zu dem Streit gewesen? Der Artikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“. (Große Unruhe.) Wenn Bebel mit der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ den Artikel widerlegt hätte, würde der Streit nicht soweit gediehen sein. Ich komme zu der Feier des 1. Mai. Ueberall habe ich die Meinung gehört, daß die Fraktion in der Frage des 1. Mai nicht korrekt gehandelt habe. Wenn nun gesagt wird, daß der Pariser Kongress die Feier nicht beschlossen habe, so behaupte ich, daß keine der Verhandlungen die Feier eines internationalen Feiertages berührt hatte. Erst am letzten Tage wurde eine lange Resolution vorgelegt, die wir diskutieren sollten, weil auf demselben Abend schon der Schluß des Kongresses erfolgte. Es konnte über die Resolution gar nicht diskutiert werden, weil die Zeit zu kurz war und man hatte in der Eile auch gar nicht an den Lusttag in Preußen gedacht. (Schlußrufe.) Ich werde bald zum Schluß kommen. Es ist thatsächlich bei Bebel angefragt worden, ob Entgegnungen gegen den bekannten Leitartikel angenommen werden sollten und wenn jetzt behauptet wird, die Presse soll unabhängig sein, so muß auch jeder Parteigenosse das Recht haben, seine Meinung unbeanstandet äußern zu können. Herr Bebel hat von einem Beschäftigungsanweisung und davon gesprochen, ob vielleicht ein solcher für die Parteileitung eingeführt werden sollte. Ich meine, man sollte auch nicht einen solchen Nachweis für die jungen Parteigenossen verlangen, welche eine selbstständige Meinung zu äußern wagen. (Unruhe.) Unsere Vertreter fordern mit Recht das Wahlrecht für diejenigen, welche mündig genug gehalten werden, die Plinke zu tragen, es macht also einen eigentümlichen Eindruck, wenn er dem Redakteur Müller sagt, daß dieser noch Höheren getragen, als er schon im Treffen gestanden habe. Es war jedenfalls auch nicht richtig, den Leuten, die uns mit Frühen getreten haben, unsere Stimme bei den Wahlen zu geben. (Widerpruch.) Die Fraktion hätte hierzu nicht auffordern, sondern sich nach den Beschlüssen des St. Gallener Kongresses richten sollen. Nicht durch die Reichstagsfraktion ist

das Sozialistengesetz unwirksam geworden, sondern durch die Macht der Verhältnisse und den energischen Kampf der Arbeiter. (Große Mithras. Schlussruf.) Parteigenossen! Es gehört jedenfalls mehr Muth dazu, seine Gegnerschaft zu bekunden, als stets mit dem Strom zu schwimmen. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß Diebnecht einst gesagt hat, der Parlamentarismus sei die Schlinge, mit welcher die Bourgeoisie ihre Scham bedeckt. (Beifall und großer Widerspruch.)

Genosse G. Schulz: Herr Wille hat jedenfalls kein Recht, von Geschäftszuständen zu sprechen, wenn er dem Verein erklärt, nicht unter 10 M. sprechen zu können. Der Streit ist nicht von heute, sondern wir wissen, daß gewisse Personen schon lange in der Partei gegen die Fraktion gewühlt haben. (Widerspruch und Beifall.) Wildberger erklärt jetzt, von der Sozialreform sei nichts zu erwarten, obgleich er als Kandidat für diese Reformen eingetreten sei. Da hat er wohl damals seine Wähler angelogen! (Beifall.) Der ganze Kampf sei nur darauf gerichtet, der Parteileitung das Heft aus den Händen zu winden. Redner ersucht um Schluß seiner Ausführungen, die Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Hierauf wurde die von Bebel eingebrachte Resolution mit allen gegen etwa 60 Stimmen angenommen.

Die Abstimmung über gänzlichen Schluß der Debatte blieb zweifelhaft; als nächster Redner erhielt Genosse Max Baginski das Wort: Es wäre eine völlig einseitige Darstellung der Verhältnisse, wenn man nur der Fraktion und ihren Anhängern das Wort gestatten wollte. Bebel sagte, daß wir der Fraktion unterworfen seien, sie wollte die freie Meinung unterdrücken. Wir haben das aber von Dresden und Magdeburg gesehen, wo die Genossen eine andere Meinung hatten, als die Fraktion. (Heftiger Widerspruch.) Wir müssen uns aus prinzipiellen Gründen gegen die Unterdrückung einer anderen Meinung wenden. Der Abg. Bebel sagte sehr richtig, die ökonomischen Verhältnisse bestimmen, wie sich die Partei verhalten soll. Da sich nun diese Verhältnisse viel scharfer zugepißt haben, muß auch unsere Taktik scharfer werden. (Heftiger Widerspruch.) Die Fraktion soll die Oberhand über die gesammten Parteiverhältnisse haben; welcher Genosse will sich aber ein derartiges Pathikum gefallen lassen? (Stürmische Unterbrechung.) Ich meine, für die vorhandene Korruption, siehe sich schon anführen, daß der Artikel Wille's aus der „Sächs. Arbeiterztg.“ im „Berliner Volksblatt“ nicht abgedruckt wurde. (Widerspruch.) Was versteht man unter freier Meinungsäußerung? (Schlussruf.) Ich will jetzt den Beweis für das anführen, was ich im 6. Wahlkreis gesagt habe. Es sind verschiedene Einsendungen nicht zum Abdruck gekommen, weil Bebel sagte, es habe keinen Zweck, die Sache abzuhandeln. (Große, andauernde Unterbrechung.) Meine Herren, wenn Sie mich nicht ruhig anhören können, verzichte ich auf's Wort. (Redner verläßt das Podium.)

Nummer erhielt Genosse Bebel das Schlusswort, in dem er sich gegen die Behauptung Baginski's verwahrte, daß er den Abdruck irgend welcher Einsendungen verhindert habe. Mit einer Taktik, die unmittelbar zu einer Katastrophe führen müsse, könne er sich nicht einverstanden erklären. Die im 6. Wahlkreis gefasste Resolution habe er dem Wunsche der Genossen gemäß an die Fraktionsmitglieder gesandt, welche sich zu derselben äußern würden. Nachdem dies geschehen, werde die Entscheidung den Parteigenossen zugestellt werden. Genosse Wildberger hat gemeint, man habe mir die Genossen Berlins in falschem Lichte dargestellt. Er konstatierte, daß er stets den hiesigen Genossen mit vollem Vertrauen entgegen gekommen sei und kein Vorurtheil gegen dieselben gehabt habe. Alle, die ihn (Bebel) gründlich kennen, werden wissen, daß er die Berliner Genossen stets in Schutz genommen und gesagt habe, daß sie an der Spitze der Organisation marschieren. Redner wendet sich weiter den Äußerungen der Genossen Werner und Wille zu, bei denen er noch Verschiedenes richtig stellt und empfiehlt zum Schluß die Annahme folgender Resolution:

Die Versammlung erklärt in Bezug auf das „Berliner Volksblatt“ sich den Beschlüssen des Parteitag's zu unterwerfen.

Diese Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, der begehrtesten Wiederhall fand, schloß der Vorsitzende gegen 2 Uhr Nachts die Versammlung.

Was alles versucht wird, um Arbeiterversammlungen zu verhindern oder zu sprengen, berichtet uns Herr Zimmerer Detland, der am 15. August in Ufermünde in einer Versammlung gesprochen hat. Nachdem die Vertreter der Behörde vergeblich versucht hatten, den Einberufer zu beeinflussen, damit derselbe die Ankündigung der Versammlung rückgängig mache, wurde dieselbe zwar genehmigt, jedoch verlangten die Ueberwacher der Ordnung, daß der Einberufer auch die Verantwortung für die Ausführungen des Referenten tragen soll. Natürlich wurde dieses Ansuchen zurückgewiesen. Zu der Versammlung selbst hatten sich aus allen benachbarten Orten Beamte und Wondarnen eingefunden. Herr Detland machte darauf aufmerksam, daß nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes sich nur zwei Beamte im Saale aufhalten dürfen. Die Mehrzahl der Anwesenden wünschte jedoch das Dableiben der Wondarnen, damit denselben auch einmal Gelegenheit geboten würde, zu ihrer Belehrung die Ansichten Andersdenkender zu hören. Selbstredend erwartete man, daß die Herren keine Störungen verursachen würden. Dieses in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigten die Beamten aber nicht; denn sie unterbrachen die Rede des Herrn Detland oft, so daß der Vorsitzende sich genöthigt sah, die Beamten aus dem Saal zu weisen. Nachdem es mit großer Mühe gelungen war, die ruhestörenden Ordnungshüter zu entfernen, übernahmen deren Nolle die Herren Arbeitergeber. Allein Herr Detland und seine zahlreichen Zuhörer ließen sich nicht irre machen. Als nach Schluß seiner Ausführungen der Redner die Kapitalisten ersuchte, seine Ansichten zu widerlegen, verschwanden die Herren stillschweigend aus dem Saal. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß die von Arbeitern aller Berufsarten stark besuchte Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Arbeiter und Arbeitnehmer in der Wäschebranche war zum 19. August nach der Brauerei „Friedrichshain“ einberufen worden, um zu berathen, wie sämmtliche in der Branche vorkommenden Streitigkeiten zur gegenseitigen Zufriedenheit zu regeln sind. Die Arbeiterinnen waren sehr zahlreich zur Einladung gefolgt — es waren gegen 2000 erschienen — die Fabrikanten dagegen hatten es vorgezogen, fernzubleiben. — Herr Mühlberg gab im Laufe seines Referats einen Nachblick auf die Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche. Die Fabrikanten hätten von Anfang an versucht, die Bewegung niederzuhalten. Maßregelungen über Maßregelungen folgten. Doch alles dies habe nichts genützt. Die Bewegung sei groß und stark geworden. Die Vereine seien gestärkt. Die Fabrikanten hätten mit ihnen zu rechnen. Um ohne jeden Vorwurf dazustehen, möge man nochmals die Hand zum Frieden bieten und eine Vertrauenskommission wählen, die jeder Zeit mit den Chefs unterhandeln soll. In der Diskussion, an der sich auch Arbeiterinnen beteiligten, wurde dieser Vorschlag von mehreren Rednern bekämpft. Man habe oft genug den Fabrikanten angeboten, in Unterhandlung zu treten. Bei der Abstimmung lehnte die Versammlung es auch mit großer Majorität ab, in die Wahl einer Unterhandlungskommission einzutreten. Dagegen nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung ersucht aus dem Umstande, daß die besonders eingeladenen Arbeitgeber unserer Branche nicht erschienen sind, daß die Fabrikanten mit uns nicht in Güte verhandeln wollen und beschließt, sich gegen die übermäßige Ausbeutung durch die Fabrikanten durch massenhaften Beitritt in die bestehenden Vereine schliessen zu wollen.“

Ein im Laufe der Diskussion gemachter Vorschlag, eine Verschmelzung sämtlicher Vereine herbeizuführen, wurde einer

Kommission zur Vorberathung überwiesen. In diese Kommission wurden gewählt: Die Tischneider Babelwieg, Grasholtz und Bergt. Die Plätterinnen Frä. Ebdow, Wiedermann und Klotzky. Die Näherinnen Frä. Rosenthal, Stephan und Lecht. Des Weiteren wurde die Resolution gegen den „Lokal-Anzeiger“ angenommen und beschlossen, die Kaufleute in der Ergründung der halben Sonntagsruhe zu unterstützen, dadurch, daß man nur in Geschäften laufe, die des Sonntags von 12 Uhr an geschlossen sind. Der Ueberstich der Zellerfassung wurde zum Theil der Berliner Streik-Kontrollkommission, zum Theil dem Verein der Näherinnen überwiesen. Dann schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung.

Friedrichshagen. In der am Sonnabend, den 23. d. M., im Waldhaus abgehaltenen Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins hielt Herr Finn einen fesselnden Vortrag über: „Der Selbstmord, eine Ursache der sozialen Zustände.“ Referent wies durch Statistik nach, daß die Zahl der Selbstmorde in einem Jahre die Zahl 5642 repräsentirt. Der Selbstmord im Allgemeinen sei eine Folge der ungenügenden Ernährung, hervorgerufen durch andauernde Erwerbslosigkeit. Nämlich auch in den „besseren“ Ständen vereinzelte Selbstmorde vor, so stelle doch das Hauptkontingent der „niedere“ Stand. Zum Schluß seines Vortrages betonte Referent, daß in dem sozialistischen Zukunftsstaat kein Selbstmord aus Nahrungsorgen vorkommen würde. Redner erzielte großen Beifall. — In der darauffolgenden Diskussion war ein Redner mit dem Referent vollständig einverstanden und konstatierte, daß man tagtäglich Gelegenheit hätte, das soziale Elend vor Augen zu haben und kam zu der Schlussfolgerung, daß ein Thier eher Mitleid erzeuge als ein von Nahrungsorgen gequälter Mensch. Unter Verschiebung wurde von mehreren Rednern betont, auf die Arbeiterblätter zu abonniren; würden dieselben fleißig gelesen, so würden wir auch bald in der Lage sein, die geleseenen Blätter zur Agitation zu verbreiten. Zur Lausaleier wurde beschlossen, daß ein Jeder, der sich an der Feier beteiligen wolle, sich am Sonntag, den 31. August, Morgens 7 Uhr, im „Waldhaus“ einzufinden, von wo aus der Anstich an die aus Berlin kommenden Genossen erfolge. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Von Herrn Wad erhalten wir folgende Berichtigung: Ersuche Sie höflich zu berichten, daß es im Sprechsaal-Artikel betreffs des 1. Wahlvereins nicht heißen soll: gar als für irgend etwas als maßgebend zu betrachtenden Worte; sondern gar nicht u. s. w. (Wir haben uns davon überzeugt, daß Herr Wad wörtlich das geschrieben hatte, was er jetzt berichtigt.)

Berliner Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts (G. S. Nr. 10.) Donnerstag, den 23. August, Abends 8½ Uhr: Geschlossene Mitglieder-Versammlung in Max's Hofstraße, Beuthstraße 22. Tagesordnung: 1. Bericht über das Vorgehen des Dr. Bernheim wider den Berliner Sanitätsverein. 2. Referent Dr. Wad. 3. Diskussion. 4. Wahl eines Mitgliedes in die in dieser Versammlung zu erziehenden. Dr. Bernheim ist brieflich eingeladen. Das Mitgliedsbuch liegt offen.

Vereinigung der deutschen Maler, Anstreicher und verwandten Berufsangehörigen (Jahres-Sitzung). Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 23. August, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Vooppe, Lindenstr. 106. Tagesordnung: 1. Bericht: Ueber die Ursache der Vereinigung und der Streiks. 2. Referent Kollege Gollmeyer. 3. Diskussion. 4. Wahl eines Mitgliedes zur Ueberwachungskommission. 5. Verschiedenes. Gänge willkommen.

Verein der Parquetbodenleger. Die Versammlung findet am Donnerstag, den 23. August, Abends 8½ Uhr, im Lokal Hämmerle, Wiltonstraße am Teichow-Platz. Vorkommnisse mit dem Vorsitzenden der Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand. Gänge haben Zutritt.

Lehr- und Vorkursus „Morgenroth“. Jeden Mittwoch, Abends 8½ Uhr: Sitzung der Schol., Vorkursus-Abends 8½ Uhr. Die Mitglieder werden ersucht zahlreich zu erscheinen. Wäre durch Mitglieder eingeschickt haben Zutritt.

Handwerker. Eine große öffentliche Versammlung aller Handwerker Berlins findet heute Mittwoch, den 27. August, Abends 8½ Uhr, bei herrlicher Witterung, im Saale des „Morgenroth“ statt. Der Zweck der Versammlung ist die Einberufung der Arbeiter, auch wird seitens der Agitationskommission ein Entschuldigungsbericht vorgelegt werden. Der Zweck der Versammlung ist die Einberufung der Arbeiter, auch wird seitens der Agitationskommission ein Entschuldigungsbericht vorgelegt werden. Der Zweck der Versammlung ist die Einberufung der Arbeiter, auch wird seitens der Agitationskommission ein Entschuldigungsbericht vorgelegt werden.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichwohl dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

In Nummer 179 des „Berliner Volksblatt“ befindet sich eine der „berichtigten“ Berichtigungen des Verlegers des „Berliner Lokal-Anzeigers“, in welchem sich der Verfasser, Herr Scherl, unter zweitens auch mit meiner Person beschäftigt und sagt, daß es unrichtig sei, daß ein von mir verfaßter Bericht mit der Begründung zurückgewiesen worden sei, da „derselbe gegen die Interessen des Unternehmerrthums verstoße“, zugebend, daß der besagte Bericht nicht von mir, sondern von einem Kollegen F. Müller, als Schriftführer der öffentlichen Versammlung — in meinem Weisem — angefertigt und den betreffenden Redaktionen in einem heliographischen Abzuge — also gleichlautend — übermittelt wurde, so ist aber thatsächlich derselbe nicht angenommen worden mit der Begründung, weil den beteiligten Kreisen „Seruillismus“ und „Indifferentismus“ vorgehalten wurde, jedenfalls Worte, die dem „Berl. Lokal-Anzeiger“ zeigen, daß unsere Bewegung Fortschritte gemacht hat, indem sie sich der allgemeinen modernen Arbeiterbewegung anschloß, und das ist es eben, was den Vertretern der Interessen des Unternehmerrthums, und dazu gehört unstreitig, trotz seiner stark zugewiesenen „Parteilosigkeit“, auch der „Berliner Lokal-Anzeiger“, ein Dorn im Auge ist, wir haben eben wie es scheint, die früher der Bewegung zu gute (?) gekommene Sympathie verloren, indem wir uns endlich antraisten, energisch gegen das Ausbeutertum durch Aufschluß an die moderne Arbeiterbewegung vorzugehen. Ob wir nun an der verlorenen Sympathie des „B. L. A.“ wirklich etwas verloren haben, das ist eine andere Frage. Aber jedenfalls hat ein Blatt, wie der „B. L. A.“, eben so gut wie das „Berl. Volksbl.“, die „Volks-Ztg.“ und die „Verl. Ztg.“, denen dieser Bericht auch zugeht und die denselben auch zum Theil wörtlich brachten, die Verpflichtung, unsere, die der Arbeiter, Interessen zu vertreten, indem sie unsere Versammlungsanzeigen und die Berichte über die Versammlungen bringen, oder aber wir müssen eben dann, wenn sie das nicht thun, dafür eintreten, daß Blätter, die sich so verhalten, wie der „B. L. A.“, von den Arbeitern nicht mehr gelesen, ergo erhalten werden; oder glaubt der Verleger, daß die 100 000 Abonnenten (solte da nicht eine Null zu viel sein? D. Verf.), mit denen er sich f. Z. brüstete, lauter „Bourgeoisie“ sein? Nein, das sind zum größten Theil noch der Arbeiterbewegung indifferent gegenüberstehende Proletarier, die sich für ein billiges Geld eben in der Zummheit (von dem „B. L. A.“) erhalten lassen, indem sie den „B. L. A.“ halten. Wenn weiter Herr Scherl behauptet, daß der Bericht von persönlichen Beleidigungen froste, so behauptet er eine Unwahrheit, denn thatsächlich war in dem betreffenden Bericht keine einzige persönliche Beleidigung enthalten. Beweis: Der betr. Bericht, wie ihn mein Kollege Müller angefertigt und der Redaktion des „Lokal-Anzeiger“ zum Abdruck vorlegte, war genau so ein heliographischer Abzug, wie ihn die Redaktion des „Berliner Volksblatt“ erhielt und in der Nr. 179 wörtlich brachte. Daß mein Kollege als Verfasser des Berichtes angesehen haben soll, daß die Aufnahme desselben in vorliegender Fassung nicht angängig wäre, bestritte ich in seinem Auftrage, auch hat er nur deshalb — Versprochen, einen anderen — kürzeren, nicht aber sachlichen — Bericht zu bringen, um den Fittigen des Herrn Redakteurs zu entschuldigen, denn sonst wäre er zu befürchten gewesen, daß er belehrt würde und deshalb ist er — nicht wiedergelommen. Was also auf eine solche verächtliche Berichtigung des Verlegers des „Lokal-Anzeigers“ zu geben ist, ersehen wir aus dem hier wiedergegebenen thatsächlichen Vorgänge. Und wenn ich in der Versammlung der Berliner Streik-Kontrollkommission das Verhalten des „Lokal-

Anzeiger“ kennzeichnete, so geschah es, weil ich dafür eintreten mußten glaubte, daß es Pflicht eines jeden zielbewußten Arbeiters sein muß, dafür zu agitiren, daß an allen Orten, sei es in der Familie, in Werkstätten oder wo es anfen sei, nur solche Zeitungen gehalten werden, die im Geiste der Arbeiterfrage redigirt sind. Louis Ebert, Kellner und Delegirter der Berliner Streik-Kontrollkommission.

Geehrte Redaktion! Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu dem Sprechsaal-Artikel des Herrn Stadthagen.

Daß bei der Wahl im Nieder-Barnimer Kreis fortgeschrittene Flugblätter verbreitet worden sind, ist sehr leicht zu beweisen. Es waren die bekannten Wilderbogen, welche im Verlage der „Freisinnigen Ztg.“ erschienen.

Herr Stadthagen setzt als bekannt voraus, daß ich gegen die Beteiligung an den Wahlen aufgetreten sei. Wo und wann, Herr Stadthagen?

Auf die demagogischen Anspielungen des Herrn Stadthagen auf den Mollenmarkt etc. habe ich nur zu bemerken, daß sie im höchsten Grade lumpig und frech sind.

M. Baginski. Anmerkung der Redaktion. Herr Baginski hat seinen Schreiben noch ein allgemeines Urtheil über den Stadthagen hinzugefügt, von dessen Veröffentlichung wir im Hinblick auf die vorgestern gefasste Resolution Abstand nehmen zu müssen glauben.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cautions beizufügen. Antwort wird nicht ertheilt.

Für die ausgefertigten Bauhandwerker Hamburg...

Tischlerei Mantuffelstr. 21, 1 Tr., mit Ausnahme von Kollegen, 3. Rate 5,90 M. Malerbuße von Triemer, 3. Rate 2 M. Die Malerwerkstatt von Eddorf, Steglitzerstraße 19, 30 M. Gemalt von Berliner Zimmerleuten aus Weisenburg, Schmidt 5 M. Betrag einer amerikanischen Primatad-Platte bei Köhler, Adersstraße (außer dem Schlafzimmerschirm Tischlermeister 5,50 M. Einige Arbeiter der Lugschpapierfabrik von W. Sauerberg, 3. Rate, 6,25 M. Betrag einer amerikanischen Platte eines Friedrichsberger Tischlers bei Schauer, Ostendestraße 22, 50 M. Listen 49 und 50, gesammelt in der Fabrik von G. N. Bader, 19,95 M. Liste Nr. 0088 4,75 M. Liste Nr. 20 12,80 M. Uns kann keiner 11,55 M. Geißler 1 M. Bollmer 50 M. Listen 913 und 914 gesammelt von den Kellnern Berlins Louis Ebert, Hofstr. 25, 6,15 M. und 1 M. Tischlermeister Schumann, Langestr. 26, 8 M. Tischlermeister-Börje, Kellnerplatz 3, 6,70 M. Am Sonntag bei Köhler, Schmargendorf, Glas Bier verankontirt 5,60 M. ein Taschenspiegel verankontirt 10,31 M. Von den Arbeitern der Metallwaarenfabrik A. F. 8,85 M. Drei Zimmerleute Grünauerstraße 1,50 M. Von einem Kniggen Bier 1,80 M. Werkstelle Tieg, Krautkr. 88a 5,80 M. Von 5 Maurern und 4 Korbmachern aus Friedrichsfelde 5,10 M. Metallfabrik G. Tieg, Fruchtstr. 64, 6,55 M. Rauchklub Knaster 5,25 M. Liste 762 durch Melling 6,45 M. Drei Köpfe verankontirt Süd-Ende 2,25 M. Tischlerei von Borsdorf und Müller 1,40 M. Gemalt in der Bauwerk-Beförderung, außer zwei Kollegen, 3,45 M. Langereim Einigkeit, Friedrichsfelde, 10 M. Kranken Maler von S.W., durch Hofste, 3. Rate, 6,80 M. Baufachler von Jäkel, 3. Rate, 5,35 M. Jungens Holt 4. Wochenbeitrag 2,50 M. Fraiserie von Scheibel und 3,20 M. Gemalt von den Kollegen der Schraubenfabrik Sieden und Büße 18,05 M. G. Reihe 1 M. Sechs Schüler der Fachschule für Berliner Buchdruckerlehrlinge, Klasse 1, 1,25 M. Regelbrüder der Vereinsbauerei in Niddorf 4 M. Gemalt von den tothen Brüdern auf dem Neubau Bräuners Pichelsdorf bei Spandau 9,70 M. — Für Greiz: P. O. sammt am 23. August, Oranienstr. 180 17,40 M.

In Summa 286,20 M. Hierzu die bereits quittirten 28 824 41 Pf. Zusammen 29 110,61 M.

A. 2. 100. Unter Ihren Fragen befinden sich solche, welche wir Ihnen nur mündlich Auskunft geben könnten.

Paritäten-Sammler. Annonziren Sie doch.

— Fragen Sie bei dem Direktor der Baugewerkschule nach.

H. A. So viel wir wissen, nicht.

W. Wette. Soweit uns bekannt, ist der in Frage stehende Genosse Althoff.

30 M. Kollerlohn erhalten.

J. 5. — er, Friedrichsbergerstr. 23. Ihr Eingekanntes hat wir dem Vorsitzenden des Fachvereins der Tischler übergeben, wir der Meinung sind, daß sich dieser Fall besser im Verein der Tischler erörtern läßt, als in der Zeitung.

Schlösser-Fachverein. Wir erhielten nur eine Anfrage für Versammlung, von Sommerfest jedoch nicht.

J. L., Neue Hofstr. 42. Wenn Sie Grund zu einer Beschwerde haben, dann wenden Sie sich direkt an die Expedition. Sobald die Frau einen Roman von unserer Expedition verleiht, erhält sie einen solchen.

Schani. Wenden Sie sich an das Polizeipräsidium des richter des Wohnorts. Der Ausnahme der Ausreis- Erlaubnis muß ein hieran gerichteter Antrag vorausgehen. Ueber die Kosten können wir Ihnen nichts mittheilen.

W. Gelfortstr. 1. Pflichtwidrig hat keiner der Beamten gehandelt. Sie können sich aber über den, der in Ihre Wohnung kam, beschweren. 2. Der Bericht hat sich keines Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. 3. Der Miethsbetrag von 12 bis 1. folgenden Monats können Sie im Wege der Klage zurückfordern.

W. C. Steglitz. 1. Ein solcher Prozeß geht gewöhnlich sehr schnell, eine Woche etwa. 2. Ja. 3. Ja. 4. Es muß zehntägig gekündigt werden von beiden Seiten.

Stralsunderstraße 23. Ja, Ihre Tochter ist dazu verpflichtet.

H. P. A. P. Legen Sie Vernehmung ein und beantragen Sie, daß Sie zum Ende verurtheilt werden. Die Verurteilung muß binnen einen Monat nach Zustellung des Urtheils eingelegt werden.

P. Dornbusch. Eine Zeit ist nicht festgesetzt. Erinnern Sie das Amtsgericht brieflich.

S. 100. Ja, Ihre Frau kann beides lehrwillig stimmen.

Sch. 1800. 1. Die Sachen der Frau hatten nicht. 2. Kann die Frau. 3. Am besten ist es, wenn ein notarieller vorhanden ist.

B. G. Die Militärbehörde ist zu keiner Zahlung für ein Kind verpflichtet. Von dem Erbtheil kann das Kind 1/6 beanspruchen.

Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)

Breslau, 26. August. Gegen Abend stürzte das Gebäude am alten Regierungsgebäude ein. Hierdurch wurden Arbeiter getödtet und mehrere schwer verwundet.

Wesl. 26. August. Die Heuersbrunst in Tofaj ist noch nicht gelöscht worden. Infolge des heftigen Sturmes war Rettung unmöglich. Die Bewohner sind obdachlos und Lebensmittel. Auch aus anderen Landestheilen werden Gerüchte gemeldet.

Rom, 26. August. In Gitta di Castello (Perugia) durch einen Ijllon 4 Kirchen eingeschürt, wobei mehrere Personen verwundet wurden.

In Pistrino sind 5 Personen verschüttet worden.